

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Er erscheint wöchentlich am Sonnabend.
 Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
 Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
 Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
 Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
 Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Vertragsfragen im Holzgewerbe.

—st— Es sind etwa zwei Jahre verflossen seit der Zeit, wo die beiden größten Vertragskontrahenten in der Holzindustrie, der Arbeitgeber-Schutzverband und der deutsche Holzarbeiterverband, durch ihre berufenen Vertreter an der Lösung großer Probleme des Vertragswesens arbeiteten. Man glaubte damals auf beiden Seiten, eine Reihe Fragen, die bei jeder Bewegung Streitpunkte bildeten, generell der Regelung entgegengeführt zu sehen. Zu diesen Fragen gehörte in erster Linie der Arbeitsnachweis und die Staffelung der deutschen Städte in bezug auf die Arbeitszeit. Viele unserer Kollegen und insbesondere auch eine große Anzahl Arbeitgeber haben damals ihre Freude an den Vereinbarungen gehabt, die zwischen unserem Verbandsvorstand und dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes getroffen wurden. Auch wir haben uns gefreut, haben aber von Anfang an Zweifel gehegt, ob es dem Vorstand des Schutzverbandes möglich sein würde, die Vereinbarungen zur Durchführung zu bringen. Um so mehr mußten wir daran zweifeln, als uns bekannt wurde, daß selbst in den Reihen des Schutzverbandes Leute vorhanden waren, denen es weniger auf den Frieden in der Holzindustrie ankam als darauf, ein wirksames Agitationsmittel für den Schutzverband zu schaffen. Das trifft insbesondere auf die Idee der Staffelung der Städte bezüglich der Arbeitszeit zu.

Bekanntlich hat bei den Berliner Verhandlungen der Schutzverbandsvorstand immer und immer wieder auf die Unmöglichkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit für Berlin hingewiesen, wenn nicht draußen im Lande die Arbeitszeit erheblich verkürzt würde. Es ist dieses ja nichts Neues — unsere Kollegen wissen, daß, wenn jede andere Stadt mit Verkürzung der Arbeitszeit an die Reihe kommt, vom Schutzverband erklärt wird, daß gerade in dieser Stadt an Arbeitszeitverkürzung nicht gedacht werden kann! — Das ist den Schutzbandsmitgliedern auch von unseren Vertretern immer wieder gesagt worden, ohne daß es etwas genutzt hätte. Nun ist von uns stets als richtig anerkannt worden, daß versucht werden muß, die zurückgebliebenen Städte nachzuholen, und unsere Vertreter haben auch bei den Berliner Verhandlungen ausdrücklich ausgesprochen, daß wir an der Staffelung der Arbeitszeit ein erhebliches Interesse haben. Unser Verbandsvorstand gab dann in Berlin in der Sitzung vom 7. Mai 1907 folgende Erklärung ab:

„Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hält an seiner dem Vorstande des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe bereits erklärten Bereitwilligkeit fest, in gemeinsamer Beratung eine Klasseneinteilung der deutschen Städte bezüglich der Dauer der Arbeitszeit vorzunehmen, in welche als erste Klasse Berlin mit einer 51stündigen Arbeitszeit aufgenommen wird. Diese Klasseneinteilung soll den beiderseitigen Verbandstagen im Jahre 1908 zur endgültigen Genehmigung empfohlen werden.“

Der Vorstand des Schutzverbandes erklärte sich hiermit ausdrücklich einverstanden und wurde in Aussicht genommen, eine sogenannte „Staffelungskommission“ einzusetzen, die unter Assistenz der Verbandsvorstände arbeiten sollte. Das Problem wurde in der Presse eifrig erörtert, wobei auch eine Reihe weiterer Vorschläge gemacht wurden. Wie erinnern z. B. an die Artikel des Herrn Kückelhaus. Herr Kückelhaus ist bekanntlich seit Jahren eifrig bestrebt, Kalkulationstabellen für die gängigen Tischlerarbeiten zusammenzustellen und die Tischlermeister in Rheinland-Westfalen dahin zu erziehen, daß sie ihre Arbeiten nicht für jeden Schandpreis auf den Markt werfen. Wenn er dabei besonderes Gewicht auf die Aufhebung des § 100a der Gewerbeordnung legt und von der Erfüllung dieser Forderung großes Heil für das Gewerbe erwartet, so können wir diese Hoffnung allerdings nicht teilen.

Nach einer Entscheidung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf dürfen die Zwangsinnungen auch Tarifverträge nicht abschließen, „weil die tarifliche Bindung der Löhne eine mit dem § 100a nicht zu vereinbarende Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit, hinsichtlich der Festsetzung der Preise“, bedeutet. Wir haben nun ein Interesse daran, daß die Innungen vertragsfähig sind. Die Entscheidung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf scheint von irigen Voraussetzungen auszugehen, und wir werden nach wie vor Verträge mit den Innungen abschließen, weil uns die moralische Bindung der Innungsmitglieder ebenso wertvoll erscheint wie die rechtliche, die auch beim Schutzverband nur in sehr zweifelhafter Form gegeben ist.

Herr Kückelhaus sagt in einem seiner Artikel über die Staffelungsfrage: „Ich hätte Mahardt die Hand küssen mögen aus lauter Freude darüber, daß mit diesem Vorschlage öffentlich dokumentiert wird, daß die Tischlermeister der redliche Wille besetzt, mit ihren Gesellen feste Normen zur Regelung ihrer gegenseitigen Verhältnisse zu vereinbaren . . . und das kann dreist als die größte Errungenschaft ausgesprochen werden, die uns der (Berliner) Kampf gebracht hat, weniger deshalb, weil damit ein endgültiges Resultat erzielt wäre, als vielmehr deshalb, weil wir darin einen unumstößlichen Beweis erblickten, daß auf beiden Seiten der ernste Wille zu einer Verständigung vorhanden ist!“ Er macht dann den Vorschlag: „Die Gesellen haben sich mit den Meistern zu vereinigen, um in gemeinsamer Arbeit die Befundung des Tischlerhandwerks herbeizuführen und Einrichtungen zu schaffen, die geeignet sind, das Handwerk für immer gesund zu erhalten.“ Er will zu diesem Zweck alljährlich einen „Tischlertag“, der aus Meistern und Gesellen zu gleichen Teilen zusammengesetzt ist, einberufen haben, der unter anderem auch die Aufgabe haben soll, die Gesellenlöhne, die Arbeitszeit und Arbeitsverträge festzusetzen. Der Plan des Herrn Kückelhaus ist ja unter den gegebenen Verhältnissen eine Illusion. Der Grundgedanke jedoch, die Arbeitsbedingungen durch eine friedliche Verständigung zu regeln und möglichst gleichmäßig zu gestalten, und darauf kommt der Vorschlag heraus, hat von jeher unseren Beifall gefunden.

Führende Personen des Schutzverbandes dagegen erklärten sich nur deshalb für die Staffelung, weil sie sich davon ein erhebliches Agitationsmittel für ihre Organisation versprachen. Herr Mahardt sprach dieses auf dem Schutzverbandstage 1907 ziemlich deutlich aus, indem er sagte:

„Durch die Staffelung würden wir übrigens diejenigen Kollegen, die sich von unserer Organisation immer noch fernhalten, zwingen, derselben mehr Beachtung zu schenken, wenn wir über ihre Köpfe hinweg die Arbeitszeit überall festsetzen.“

Auch Herr Knieß-Kassel „verspricht sich aus der Regulierung dieser Frage Vorteile für die Agitation für unseren Schutzverband“. Die Generalversammlung des Schutzverbandes beschloß dann einstimmig, eine Kommission einzusetzen, welche die Möglichkeit der Klassifizierung der Städte innerhalb Deutschlands bezüglich der Arbeitszeit und des ortsüblichen Lohnes in der Holzindustrie prüfen und alles hierauf bezügliche Material sammeln soll.

Bei der Klassifizierung der Städte war der Versuch einer Einteilung in Klassen, von der auch bestimmte Regeln noch nicht aufgestellt wurden, so war man sich doch nach Lage der Dinge in ganz Deutschland klar, daß Berlin mit 51stündiger Arbeitszeit als Klasse 1 gelten sollte. Es gelang auch einige weitere Arbeitsklassen zu schaffen, zu denen dann im Jahre 1908 bei den Leipziger Verhandlungen eine Anzahl weiterer Orte kamen, die man gegebenenfalls als „gestaffelt“ ansehen könnte. Danach würden zu rechnen sein in

Klasse 1 mit 51stündiger Arbeitszeit Berlin, Charlottenburg, Weiskensee, Rixdorf, Schöneberg und einige weitere Vororte von Berlin.

Klasse 2 mit 52stündiger Arbeitszeit Leipzig, Hamburg, Wandsbek, Blankenese, Altona-Ottensen, Dresden und Niederfedlig.

Klasse 3 mit 53stündiger Arbeitszeit Potsdam, Romanow, Spandau und Kassel (letzterer Ort soll in der nächsten Vertragsperiode die 53stündige Arbeitszeit nach Zusage der Arbeitgeber erhalten).

Klasse 4 mit 54stündiger Arbeitszeit Bernau (Dreschler), Brandenburg und Burg.

Bei einem ernsthaften Staffellungsversuch kommt in Betracht, daß die Industrie im allgemeinen, wie auch die Holzindustrie im speziellen, immer mehr in die entfernteren Vororte der Großstädte gedrängt wird. Abgesehen davon, daß wir selbst auf dem flachen Lande heute schon größere Möbelfabriken vorfinden. Daraus folgt, daß die entfernteren Vororte in bezug auf die Arbeitszeit der Großstadt gleichgestellt werden müssen. Gleichzeitige Gründe hiergegen können auch von den Arbeitgebern nicht vorgebracht werden. Im Gegenteil, die Erschwerung der Konkurrenz muß auch die Arbeitgeber veranlassen, dieser Auffassung zuzustimmen. Unsere Dresdener Kollegen vertreten mit Recht den Standpunkt, daß im Plauenschen Grunde dieselbe Arbeitszeit durchgeführt werden muß, wie sie in Dresden üblich ist, wenn eine Abwanderung der Industrie nach dort verhindert und den Dresdener Arbeit-

gebern von dort aus nicht eine allzu schwere Konkurrenz bereitet werden soll. Dasselbe trifft auf eine ganze Anzahl weiter entfernter Vororte von Berlin und anderer Großstädte zu.

Nachdem der Schutzverbandstag im Jahre 1907 seine Arbeiten erledigt und einer Kommission den oben skizzierten Auftrag erteilt hatte, mußte man annehmen, daß es bald zu weiteren Vorarbeiten für die Städtestaffelung kommen würde. Allerdings ist es richtig, daß dem Schutzverband die Sammlung von Material in dieser Richtung bei der Saumfeligkeit seiner Funktionäre sehr schwer wird, aber der Vorstand des Schutzverbandes hat unser Material immer noch als richtig anerkannt, und wäre eine Nachprüfung desselben leichter gewesen als die Beschaffung neuen Materials. Aber es geschah seitens des Schutzverbandes nichts, um einen Schritt vorwärts zu kommen, bis der Kündigungstermin für die Verträge mit dem Ablaufstermin 1908 heranrückte. Es mag ja sein, daß die inzwischen eintreffende Krise es der Leitung der Unternehmer unangebracht erscheinen ließ, die Pläne weiter zu verfolgen. Die richtigste Erklärung dürfte aber sein, daß der Schutzverbandsvorstand die Lehren des Kampfes von 1907 recht bald wieder vergessen hatte und, anstatt reglen Dingen nachzugehen, wieder einmal der Niederknüttelung des Holzarbeiterverbandes das Wort rebete. Man glaubte die Krise auszunutzen zu können, um dem Holzarbeiterverbande eins auszuwischen, und vermeinte auf die Vorbereitungen hierzu alle Kraft und Zeit verwenden zu müssen. Wenn auch sonst die Handlungen der Leitung der Arbeitgeber fast alle Konsequenz vermissen lassen, in diesem Punkte bleibt sie sich immer konsequent, wodurch sie sich schon soviel selbstverschuldete Niederlagen geholt hat. Erst im Oktober 1907, gelegentlich der gemeinsamen Sitzung in Kassel, wo der Schutzverbandsvorstand unsere weiteren Pläne ergründen wollte, kam es zu weiteren Auseinandersetzungen über die Städtestaffelung. Darüber in einem weiteren Artikel.

Aus der Holzindustrie in Sachsen.

Die allgemeine Wirtschaftskrise die im vorigen Jahre so schwer auf dem gesamten Erwerbsleben lastete, hat auch Sachsen nicht verschont. Sie hat, wie aus den Berichten der Gewerbeinspektoren ersichtlich, die Löhne der Arbeiter vielfach recht ungünstig beeinflusst. Die Verringerung des Verdienstes war, wie es z. B. in dem Bericht für die Kreis-Hauptmannschaft Bautzen heißt, für die Arbeiter um so fühlbarer, als die hohen Preise für Lebensmittel, Getreide usw. fortbestanden. Im Bericht aus der Kreis-Hauptmannschaft Dresden wird darauf hingewiesen, daß die Verdienstverminderung weniger durch eine Verminderung der Lohngabe als durch Einschränkung der Arbeitszeit herbeigeführt wurde. Doch sind auch Lohnherabsetzungen nicht ausgeblieben und der Bericht für den Aufsichtsbezirk Auerbach betont, daß vorzugsweise erwachsene männliche Arbeiter von dem Lohnrückgange betroffen wurden.

Es scheint übrigens, als ob sich die Krise in Sachsen in der Holzindustrie weniger stark bemerkbar gemacht hat, als in den übrigen Industrien, wenigstens weist die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe eine verhältnismäßig bedeutend stärkere Zunahme der Arbeiterzahl auf, als die Gesamtindustrie. Der Gewerbeaufsicht unterstanden im Jahre 1908 in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 2654 (im Vorjahre 2550) Betriebe mit insgesamt 41288 (40014) Arbeitern. Die Zahl der Arbeiter hat sich also um 3,1 Proz. vermehrt, während die Zunahme in der Gesamtindustrie nur 1,0 Proz. beträgt. Von den Arbeitern der Holzindustrie sind 33701 (32452) erwachsene Männer und 4620 (4707) über 16 Jahre alte Frauen. Die erwachsenen Männer haben also eine Zunahme um 3,8 Proz. erfahren, während die Zahl der erwachsenen Frauen um 1,8 Proz. zurückgegangen ist. Außerdem wurden noch 2275 (2257) männliche und 425 (424) weibliche junge Leute im Alter von 14 bis 16 Jahren und 122 (140) Knaben und 35 (35) Mädchen unter 14 Jahren gezählt. Die Zunahme der Arbeiterzahl verteilt sich natürlich nicht gleichmäßig auf alle Aufsichtsbezirke. So wird z. B. aus der Kreis-Hauptmannschaft Chemnitz eine erhebliche Verminderung der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter gemeldet. Im Aufsichtsbezirk Annaberg ist der starke Rückgang in der Zahl der jugendlichen Arbeiter aufgefallen, welcher auf das Inkrafttreten der abgeänderten Unfallversicherungs-Vorschriften der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft zurückgeführt wird, welche die Beschäftigung von Personen unter 17 Jahren einschränken.

Jugendliche Arbeiter werden in größerer Zahl in der Musikinstrumentenindustrie des Aufichtsbezirks Blauen beschäftigt, wo deren 225 gezählt wurden. Ueberaus groß ist die Zahl der in der Heimindustrie beschäftigten Kinder, deren Gesamtzahl jedoch statistisch schwer zu erfassen ist. Wenn die Aufichtsbeamtin für die Kreisshauptmannschaft Dresden berichtet, daß in der Spielwarenindustrie 135 und in der Stuhlflucherei 116 eigene Kinder beschäftigt werden, so gibt das durchaus kein richtiges Bild von dem wahren Umfang der Kinderarbeit. Recht merkwürdig berührt die Wahrnehmung, welche die Gewerbeaufsichtsbeamtin in der Kreisshauptmannschaft Chemnitz gemacht haben will; danach soll die Kinderarbeit in Fabriken von der Arbeiterschaft begünstigt werden. Man wird wohl an die Richtigkeit dieser Wahrnehmungen zweifeln dürfen, solange sie nicht durch Tatsachen belegt werden.

Bekanntlich dürfen in Motorbetrieben mit 10 und mehr Personen junge Leute unter 16 Jahren höchstens 10 Stunden beschäftigt werden. Ein Tischlermeister im Aufichtsbezirk Chemnitz II, der in seinem Motorenbetrieb 10 Arbeiter beschäftigte, ließ seinen Lehrling trotzdem 11 Stunden täglich arbeiten. Darüber zur Rede gestellt, versprach er, nicht etwa die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern künftig stets weniger als 10 Arbeiter zu beschäftigen, um in der Ausbeutung des Lehrlings nicht beschränkt zu sein. Der Besitzer einer Wagenfabrik im Aufichtsbezirk Leipzig wurde zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er mehrere jugendliche Arbeiter täglich 11 Stunden beschäftigte. An verschiedenen Stellen wurden auch jugendliche Arbeiter bei ungeeigneten Beschäftigungen angetroffen. So mußte im Aufichtsbezirk Annaberg die Bedienung eines Dampffessels durch einen jugendlichen Arbeiter untersagt werden. In den Aufichtsbezirken Freiberg und Chemnitz II mußte zu wiederholten Malen gegen die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern an den Holzbearbeitungsmaschinen eingeschritten werden.

Unverhältnismäßig groß ist die Zahl der Unfälle in den Betrieben der Holzwarenindustrie im Aufichtsbezirk Annaberg, wo 117 Unfälle angezeigt wurden. Auf 1000 Arbeiter kamen somit in der Holzwarenindustrie dieses Bezirks 27,3 Unfälle, gegen 22,1 im Maschinenbau und 5,3 in der Textilindustrie. Die zur Verminderung der Unfallgefahr wesentlich beitragende Einführung der runden Messerwelle an den Hobelmaschinen, hat auch im Berichtsjahr weitere Fortschritte gemacht. Diese Schutzvorrichtung ist übrigens so hinreichend erprobt, daß man sich nur wundern muß, daß es immer noch Betriebe gibt, in welchen die Vierkantwelle in Benutzung ist. Es wäre angebracht, daß die Gewerbeinspektoren und die Berufsgenossenschaften gegen jene Betriebsunternehmer, welche die Neuerung noch nicht eingeführt haben, energig vorgehen. Aus dem Aufichtsbezirk Zwickau wird berichtet, daß einem Arbeiter von einer Abrichtmaschine mit vierkantiger Messerwelle die linke Hand zermalmt wurde. An der runden Messerwelle hätte ein solcher Unfall nicht vorkommen können.

Die Revision gegen Anweisungen der Aufichtsbehörde, welche eine größere Unfallhäufigkeit bezwecken, trägt mitunter recht unangenehme Früchte. Die Besitzer einer Holzwarenfabrik im Aufichtsbezirk Freiberg hatten trotz wiederholter Mahnung unterlassen, die notwendige Schutzvorrichtung an der Kreisäge zu beschaffen. Als dann ein Arbeiter an dieser Säge tödlich verunglückte, wurden die Besitzer des Betriebes von der Berufsgenossenschaft für die erwachsenen Aufkosten erschaftlich gemacht. Ob die sparbaren Herren auch strafwürdig für den Unfall haftbar gemacht wurden, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich.

Von mechanischen Staubabgabevorrichtungen wird aus dem Aufichtsbezirk Annaberg berichtet, daß solche in drei Holzwarenfabriken eingerichtet wurden. Auch der Beamte für den Bezirk Meißen rühmt die vorzügliche Wirkung der muster-gültigen Staubabgabevorrichtungen, welche in drei Fabriken der Holzbearbeitung, darunter einer neuerbauten Pianofortefabrik, angebracht wurden. Im Aufichtsbezirk Döbeln wurde unter anderem in 6 Betrieben der Holzindustrie die Beschaffung mechanischer Staubabgabe angeordnet. Ob dieser Anregung Folge geleistet wurde, wird allerdings in dem Bericht nicht gesagt. Sehr eigenartig berührt die ohne jeden Kommentar wiedergegebene Mitteilung aus dem Aufichtsbezirk Querbach, wonach die Bestimmungen der Bundesratsbekanntmachung zur Verhütung der Milzbrandgefahr in den Hochhaarpinnereien, Haar- und Vorstanzereien, sowie Bürsten- und Pinselmachereien nach wie vor als hart empfunden werden. Sollte mit der kritiklosen Wiedergabe dieser Lage einer Milderung der Bundesratsverordnung das Wort geredet werden, dann müßte gegen solche Pläne der schärfste Einspruch erhoben werden. Die Tatsache, daß mancherorts trotz der Beachtung der Vorschriften Milzbrandkrankungen nicht vermieden werden konnten, läßt eine Verschärfung der Bundesratsverordnung notwendig erscheinen; zum mindesten darf von einer Milderung keine Rede sein. — Bei dieser Gelegenheit sei auch der Poliererkraus gedacht, einer Berufskrankheit, von welcher einige Arbeiter einer Möbelfabrik im Aufichtsbezirk Dresden I befallen wurden. Ein Wechsel mit dem bis dahin verwendeten denaturierten Spiritus brachte die Krankheit zum Erlöschen.

Einen überraschenden Erfolg mit der Einführung der Akkordarbeit will die Betriebsleitung einer großen Holzwarenfabrik im Aufichtsbezirk Freiberg erzielt haben. Sie hatte bis dahin geglaubt, vom Zeitlohn für Maschinen- und Handarbeit nicht abgehen zu dürfen. Als sie aber unter Zugrundelegung des seither gezahlten Lohnsatzes für

die gleiche Arbeitsmenge Akkordarbeit einführte, da erwies sich die Fabrik fast noch einmal so leistungsfähig als früher. Auch die Arbeiter verdienen 50 bis 100 Prozent mehr als im Tagelohn, so daß sie sich mit der Akkordarbeit von der sie zuerst durchaus nichts wissen wollten, sehr schnell ansöhnten. Bei diesem Wilde scheinen die Farben reichlich satt aufgetragen zu sein; es wäre nicht uninteressant, über diese Fabrik auch von anderer Seite etwas näheres zu erfahren.

Eigenartig berührt es, daß trotz des im allgemeinen doch recht schlechten Geschäftsganges in erheblichem Maße die Erlaubnis zur Sonntagsarbeit erteilt wurde. In der Kreisshauptmannschaft Chemnitz hat die Sonntagsarbeit in den Möbel- und Holzwarenfabriken sogar eine Zunahme erfahren. Der schlechte Geschäftsgang hat wohl öfters dazu geführt, daß die tägliche Arbeitszeit vorübergehend verkürzt oder auch an einigen Tagen in der Woche gar nicht gearbeitet wurde; eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit scheint aber nirgends in nennenswerten Maße durchgeführt worden zu sein. Dabei hat man in der Holzindustrie in Sachsen noch recht lange Arbeitszeiten. So wird aus dem Aufichtsbezirk Annaberg berichtet, daß in den Holzwarenfabriken vorwiegend die 11stündige Arbeitszeit herrscht, in vielen kleinen Sägewerken wird aber noch erheblich länger, bis 13 Stunden täglich, gearbeitet. Hier hat unsere Organisation noch ein reiches Arbeitsgebiet.

Die Unfallverhütung in der Holzindustrie.

II. (Schluß.)

tt. Die Maschinen sollen so aufgestellt sein, daß der Arbeiter bei seinem Geschäft durch vorbeigehende Personen nicht gestört oder gestoßen wird. Das Zuschneiden und Reiben im Maschinenraum, während die Maschinen laufen, ist zu unterlassen. Unter keinen Umständen ist eine Versperzung des zum sicheren Gantieren an den Maschinen erforderlichen Raumes durch Arbeitshölzer oder Abfälle zu dulden. Sehr wesentlich wirkt gute Beleuchtung bei Tag und Nacht zur Herabminderung der Unfallgefahr mit. Die Temperatur sollte in geschlossenen Räumen nie wesentlich unter 12 Grad N. herabgehen, wie auch das Arbeiten an Maschinen im Freien verboten ist, sobald Gefahr für das Steifwerden der Hände besteht, ebenso die Benutzung von Handschuhen. Der Fußboden um die Maschinen ist stets von Glätte frei zu halten, nötigenfalls mit Sand zu bestreuen, um der Gefahr des Ausrutschens zu begegnen. Latentröße sind nicht zu empfehlen, weil sich leicht Abfallholz dazwischen klemmt und dadurch die Gefahr des Stolperns herbeigeführt wird. Außer dem bekannten blauen Maschinenanzug empfiehlt sich aus den gleichen Gründen das Tragen festen Schuhzeuges oder Stiefel. Ein vorsichtiger Maschinenarbeiter läßt seine Messer, Sägen und sonstige Schneidwerkzeuge nicht stumpf werden, hängt doch von ihrer Schärfe nicht nur die Sauberkeit, sondern auch die Gefahrlosigkeit der Arbeit ab. Um die Rückschlagsgefahr zu vermeiden, ist die Ausschleudung besonders altigen oder verwachsenen Holzes von der Bearbeitung wie auch ein gleichmäßiges Andrücken des Werkstückes notwendig, wobei nicht mehr Span genommen werden sollte, als sich mit einem gefahrlosen Arbeiten verträgt. Hierzu gehört auch die wöchentlich mindestens einmalige gründliche Reinigung der Maschinen und Arbeitsräume, die bei stillstehenden Maschinen und vor Eintritt des Arbeitslaufes vorgenommen werden muß. Ferner sind die Maschinen vor dem Anlaufen durch die Arbeiter zu sichern, wie dies im Jahrbuch der Sicherheit eine ungehörig lange Arbeitszeit zu vermeiden. Ob sie freilich dem nachkommen werden, steht sehr in Frage, denn der Forderungen der Arbeiter gegenüber, die in diesem Falle vollständig mit dem Verlangen der Berufsgenossenschaft übereinstimmen, haben sie sich noch immer hartnäckig widersetzt.

Bezüglich der Handhabung der Holzbearbeitungs- und der zum Betriebe dienenden Vorrichtungen werden die alten Forderungen aufgestellt: Verwahrung der Transmissionen, Ruppelungen, Treibriemen, Zahn- und Schwungräder, sowie Sicherung der Ausrückvorrichtungen gegen unbeabsichtigtes Anlaufen der Maschine. Bei allen diesen Dingen handelt es sich fast ausnahmslos um die einfachsten Vorkehrungen zum Schutze der Arbeiter, die leicht und unter geringem Kostenaufwand hergestellt und an den zu schützenden Stellen angebracht werden können. Gleichwohl kann man in vielen Betrieben kennen lernen, wie selbst diese elementarsten Schutzeinrichtungen fehlen. Das gleiche ist bei den Maschinen selbst zu beobachten, vielfach wohl deshalb, weil man die vorhandenen Verhältnisse falsch beurteilt. So wird z. B. die Tischlerkreissäge von vielen Unternehmern wie Arbeitern als gänzlich ungefährlich gehalten, was sie aber, wie die Erfahrung lehrt, nicht ist. Glücklicherweise nimmt ihre Anwendung sowohl wegen ihres großen Holzverzehrenden Schnittes in Schreinerereien immer mehr ab und wird sie durch die zweckmäßigere und harmlosere Bandsäge ersetzt. Hauptsächlich ereignen sich Unfälle an der Kreisäge durch Ausrutschen und durch Zurückschleudern von Holzstücken. Das Ausrutschen könnte vielfach vermieden werden durch die Benutzung eines mit Spitze versehenen Schiebers, während das Zurückschlagen der zu sägenden Holzstücke durch die heraufkommenden Sägepläne durch einen passenden Spaltkeil und eine entsprechende Schutzhaube verhältnismäßig leicht zu verhüten ist. Zur größeren Sicherheit empfiehlt sich, daß der Arbeiter seine Auffstellung an der Kreisäge so einrichtet, daß er nicht durch zurückschlagendes Holz seinen Körper

trifft. Ebenso sollte das Entfernen von Holzabfällen vor und hinter der Säge niemals mit der bloßen Hand erfolgen. Dringend notwendig ist auch die Verwahrung der Kreisäge unter dem Tisch durch eine das Sägelwerk vollständig einschließende Verkleidung.

Wenn auch die Bandsäge bei weitem nicht die Gefährlichkeit der Kreisäge besitzt, so erfordert ihre Bedienung doch weitgehende Aufmerksamkeit und Vorsicht. Die freien, zum Schnitt nicht benutzten Teile des Sägelattes sind überall durch aufklappbare Schutzleisten abzudecken, soweit dies nicht bereits durch die Maschinenfabrik geschehen ist, die Ersatzbandsägeblätter zum Schutze vor Verletzungen mit den Zähnen der Wand zukehrte aufzuhängen. Um zu verhindern, daß bei Blattbrüchen die Enden sich in den Speichen der Laufkränze verwickeln, ist deren beiderseitige Abdeckung durch ein Schutzblech, Pressspan oder starke Pappe notwendig. Zur Abdeckung des unteren Laufkränzes genügt ein den Bandsägekeil vollständig umschließendes Schutzkasten. Der Gefahr des Blattbruches wird wesentlich vorgebeugt, wenn zum Schärfen der Bandsägeblätter rundkantige Feilen oder rundkantige Schmirgelscheiben verwendet werden, damit am Zahngrund keine scharfen Ecken entstehen. In dieser Hinsicht ist auch stets darauf zu achten, daß nach Zurückschlag der Bandsäge die Spannung etwas nachgelassen wird, da das Blatt während des Betriebes warm wird und sich dreht, nach Aufhören mit der Arbeit als mit dem Erkalten wieder zusammenzieht, wobei es — falls keine Abspannung erfolgt — leicht zu Brüchen kommen kann.

Wie bei der Kreisäge, erfordert auch die Bandsäge eine Verdeckung der oberen Blatthälfte mittels einer eisernen Schutzhaube, zugleich aber auch eine Verwahrung des Handgriffes durch ein Schutzblech gegen Rückschlag des Riemens. An Stelle von Striden und Ketten zum Vor- und Nachlassen der Säge sollte wegen der großen Bruchgefahr nur ein 49faches, innen mit einem Hanfseil versehenes Drahtseil aus ausgeglühtem verzinnem Eisen draht zur Verwendung gelangen. Das unbeabsichtigte Vorschwingen der Bandsäge über die vordere Tischkante ist durch eine Arretiervorrichtung zu begrenzen.

Die schwersten und häufigsten Unfälle — besonders Handverletzungen — ereignen sich an den Abricht- und Universalhobelmaschinen. Die Gefährlichkeit dieser Maschinen hat darin ihren Grund, daß der Arbeiter gezwungen ist, die zu hobelnden Hölzer unter Anwendung eines gewissen Druckes über die Tischspalte zu führen, in welcher die Messerwelle mit einer Geschwindigkeit von 3—4000 Umdrehungen in der Minute rotiert. Ein Ausrutschen genügt, um mit den Fingern oder der Hand in die Messer hineinzugeraten; schwere Verwundungen sind die Folge. Einigermaßen abgeschwächt wird die Unfallgefahr durch eine möglichst weitgehende Verengung der Messerspalte, dann aber auch durch die Anwendung eines Schutzhiebers in Form eines Hautbankgriffes, der an der unteren Seite mit einer raspenförmig geriffelten und am hinteren Ende in eine Nase umgebogenen Eisenplatte versehen ist. Mittels dieses Schutzhiebers wird das zu bearbeitende Holz über die Messer hinweggeschoben. Ein Ausrutschen ist dabei so gut wie ausgeschlossen. Sollte es je erfolgen, so ist die Hand des Arbeiters durch den Schutzgriff gesichert. Einen wesentlichen Fortschritt bedeutet die Einführung der runden Sicherheitswellen an Stelle der bisher gebrauchlichen Vierkantwellen. Die Einführung der runden Sicherheitswellen wird von der Süddeutschen Holzberufsgenossenschaft nach Kräften gefördert, indem sie den Unternehmern behagt die von Velle in ihrem Betrieb eingeführten, einen Arbeit bis zu 50 Mk. pro Stück und Jahr, begrenzt bis zu 20 Proz. des von den Unternehmern zu zahlenden Beitrags, gewährt. Von welcher Wichtigkeit die Sache für die Berufsgenossenschaft ist, geht daraus hervor, daß sie in der Zeit vom 1. Oktober 1885 bis Ende 1905 nur für Unfälle an Hobelmaschinen über eine halbe Million Mark Entschädigung zu zahlen hatte und die laufende jährliche Belastung sich auf zirka 60 000 Mk. stellt. Andere Berufsgenossenschaften gehen in ähnlicher Weise vor, und zwar mit gutem Erfolg. Die Verletzungen bei der runden Sicherheitswelle sind durchgängig leichter Natur und bestehen im wesentlichen nur in leicht heilenden Fettsch- und Hautwunden, die schlimmere Folgen nicht hinterlassen. Dabei steht die Leistungsfähigkeit der runden Sicherheitswelle der Vierkantwelle in nichts nach, die von einzelnen Seiten beklagten Unbequemlichkeiten, Spanverstopfungen usw. lassen sich durch entsprechende Vorkehrungen leicht beseitigen. Mit dem gleichen Erfolge ist die runde Sicherheitswelle auch an Füge-, Rehl- und Dickenhobelmaschinen zu verwenden. Dagegen ist entschieden vor den durch hölzerne Auffütterungsplatten aufgerundeten Vierkantwellen zu warnen, da durch sie die Unfallgefahr eher vermehrt als vermindert wird. Das gleiche ist für die Abdeckung der Messerspalte an Abrichtmaschinen solche Schutzvorrichtungen zu vermeiden, bei welchen beim Verschieben der Hölzer ein Widerstand zu überwinden ist und die so die Arbeit erschweren. Um das gefährliche Zurückschlagen von Holzstücken bei Dickenhobelmaschinen zu verhüten, hat sich eine einfache und billige Schutzvorrichtung bewährt, die an jeder Maschine angebracht werden kann und bei der Arbeit nicht im geringsten stört. Die Vorrichtung besteht aus einer Anzahl auf einer Welle gelagerter, beweglicher und am unteren Ende geriffelter Klemmböden, die beim Einführen des Holzes nachgeben, sich dagegen einem Rückschlag des Holzes entgegenstemmen und ein Herausschleudern unmöglich machen.

Recht ungünstig steht es noch immer mit den Schutzvorrichtungen für Fräsmaschinen, deren vielseitige Ver-

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

Zuzug ist fernzuhalten von: Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Ahrensburg (Eggers), Altenessen (Schmied u. Diepenbrock), Celle, Eilenburg, Frankfurt a. M., Heidelberg, Namen bei Dortmund, Rrefeld (Gompesch), Luckenwalde, Ludwigs-hafen a. Rh., Magdeburg, Mannheim, Münchaurach (Göh), Muskau, Paderborn (Mauber), Pforzheim, Rathenow, Schöneberg-Berlin (Bautischlerei Bergow), Schwenningen i. Würt. (Möbelfabrik Lauffer), Sensburg, Sommerfeld, Springe in Hannover (Wanneih), Zell-Schopfheim, Meran in Tirol, Schweden.

Korbmachern nach Stettin. Drechsler nach Bockenheim, Luckenwalde. Stellmachern nach Berlin (Erdmann u. Rossi, Linienstraße), Reinickendorf bei Berlin (Motorwagenfabrik), Hamburg-Altona. Modelltischlern nach Berlin (Wormann u. Kaerting), Rotherburg a. Saale (Prinz Carlshütte), Tangerhütte (Meives). Bergoldern, Polierarbeitern und Rahmenschreibern nach Zürich und Schweden. Polierern nach Berlin (Erdmann u. Rossi).

wendung die Anbringung von für alle Fälle verwendbaren Vorrichtungen nicht gestattet. Für viele Zwecke gut bewährt hat sich eine von der Firma Carstens in Nürnberg fabrizierte Schutzvorrichtung mit Ruppellager. Dieselbe hat die Form eines Ringes und wird mit dem Fräswerkzeug auf der Spindel befestigt. Ein im Innern des Ringes angebrachter Exzenter gestattet ein beliebiges Hoch- und Niederstellen. Der Ring bewegt sich mit dem Fräskopf, bleibt aber infolge seiner Ruppellagerung bei der leisesten Verührung stehen. Von der gleichen Firma wird noch eine andere Schutzvorrichtung geliefert, die an einer Trägerstange befestigt ist und aufgeschlapt werden kann, wodurch der Fräskopf freiliegt. Im Falle der Verwendung der Fräsmaschine zum Zapfenschneiden und Schlitzen — eine Arbeit, die daran besser nicht vorgenommen wird — erfordert die Vorsicht die Anwendung eines Schutzkastens. Zu vermeiden ist entschieden die Verwendung von Abplattschliffen, Kontrehaken und Scheiben aus Gußeisen, wenn solche aus Frässpindeln, deren Umdrehungsgeschwindigkeit für Messer von kleinerem Kaliber bestimmt ist, mißbräuchlicherweise montiert werden. Da die Bruchgefahr der großen Platen und Scheiben bei der Rotation in horizontaler Richtung sowie die Flug- und Durchschlagkraft der abgeschlagenen Gußeisenstücke eine sehr große ist, so ist nicht nur der Fräser selbst, sondern auch seine Umgebung in hohem Maße gefährdet. Zur Sicherung der Hände gegen Verletzungen bei Bearbeitung kleiner Gegenstände empfiehlt sich die Benutzung einer ähnlich wie die bekannte Gehirngeschloßlade geformten Schraubzwinge. Sie gestattet ein leichtes Ein- und Ausspannen des Arbeitsstückes und finden die Arbeitsstücke darin einen festen und sicheren Halt.

Beim Anschaffen von Schmirgelscheiben ist weitgehende Vorsicht erforderlich und die Feststellung notwendig, auf welche höchste Tourenzahl die Scheibe geprüft wurde. Diese Höchstgeschwindigkeit darf unter keinen Umständen bei der Benutzung überschritten werden. Von dem Montieren von Schmirgelscheiben auf Kreis- oder sonstigen Wellenachsen ist entschieden abzuraten. Schutzhauben über Schmirgelscheiben aus gewöhnlichem Gußeisen bieten keinen ausreichenden Schutz. Dieser kann nur durch entsprechend starke Schutzbügel oder schmiedeiserne Schutzhauben erzielt werden.

Von den für alle Berufsgenossenschaften während eines Jahres festgestellten entschädigungspflichtigen Unfällen betreffen 5,73 Proz. Augenverletzungen. Eine Herabminderung dieser Unfälle ist nur durch den Gebrauch zweckmäßiger Schutzbrillen zu erreichen. Bei dem von den Berufsgenossenschaften in dieser Hinsicht ausgeschriebenen Wettbewerb hat sich die Strooffche Normal-Schutzbrille als die beste erwiesen. Ihre Vorzüge bestehen in ihrer Leichtigkeit, leichten Befestigung und bequemen Sitz. Durch den von der Brille bewirkten ständigen Luftwechsel wird das Auge nicht erhitzt, die Gläser beschlagen nicht infolge der Auantausdünstungen, die Schärfe wird nicht beeinträchtigt, das Auge nach allen Seiten geschützt. Die Brille ist stark genug, um dem Anprall von Abfallstücken zu widerstehen, das Gesichtsfeld wird nicht gestört, ferner lassen sich die Gläser leicht herausnehmen, reinigen und ersetzen.

Ist es auch im Interesse der Arbeiter gelegen, überall auf Anbringung von Schutzvorrichtungen zu dringen, wo die Notwendigkeit dazu vorliegt, so ist damit doch noch nicht alles getan. Zur Erhöhung des Schutzes vor Unfällen ist auch erforderlich, daß sich die Arbeiter in genügendem Maße mit den Schutzvorrichtungen vertraut machen und sie anwenden. Unversene oder mit den Maschinen nicht vertraute Arbeiter sind von denselben fernzuhalten. Vielfach wird hiergegen teils aus Uebereifer, teils aus Neugierde oder weil der zuständige geübte Maschinenarbeiter verhindert ist, gesündigt. Die hieraus entstehenden Unfälle

nehmen in der Statistik einen breiten Raum ein. Sie sind um so bedauerlicher, als in der Regel, wie es in einem Revisionsbericht heißt, „mit der beabsichtigten Pflückerie nichts bezweckt, sondern meist noch Maschine und Material verdorben wird“. Die Folgen für die Arbeiter sind oft genug schwer. Verstümmelt, in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt und entstellt, müssen sie sich nicht nur mit einer schmalen, in jedem Falle unzureichenden Rente begnügen, sondern sind auch größten Schwierigkeiten bezüglich der Verwendung der ihnen verbliebenen Arbeitskraft ausgesetzt. Vergeblich bemüht sich der Verletzte um Beschäftigung, überall wird er abgewiesen, weil genügend junge und voll leistungsfähige Arbeitskräfte vorhanden sind. Schließlich bleibt ihm — will er seine Existenz fristen — nichts anderes als der Weg zum Armenamt mit all den sich daraus ergebenden deprimierenden Folgen übrig. Pflicht jedes Arbeiters ist deshalb, durch weitgehendste Aufmerksamkeit und Vorsicht ein solches Schicksal von sich fernzuhalten, als auch Unachtsamkeit und Leichtsinns bei seinen Kollegen zu bekämpfen.

Soziales.

Die Arbeiter zahlen die Besse.

Ein neues Attentat auf die Arbeiterchaft plant der Bund der Industriellen. Durch den neuen Zolltarif, den die Vereinigten Staaten beschlossen haben, werden die Zölle für eine ganze Reihe von Waren sehr beträchtlich erhöht. Von dieser Zollerhöhung werden natürlich auch die deutschen Fabrikanten, besonders die der Kleinleisen- und der Textilindustrie betroffen. Um trotz dem konkurrenzfähig zu bleiben, wollen sie sich durch eine Reduktion der Arbeitslöhne schadlos halten. Ihre Absicht kündigen sie der Welt durch einen Wajchzettel an, in welchem es heißt:

Zum neuen amerikanischen Zolltarif erklärt der Bund der Industriellen, daß die einzige Möglichkeit, dem zum größten Teil erhöhten Zolltarif der Vereinigten Staaten, der namentlich die deutsche Kleinleisen- und Textilindustrie schwer treffe, wirksam zu begegnen, darin zu erblicken sei, daß die Herstellungskosten auf Grund der bei uns bislang noch billigeren Lebenshaltung wesentlich geringer bleiben müßten. Es erweise sich die Entschliegung aller beteiligten Preise in Deutschland, die Erzeugungskosten weder direkt noch indirekt zu erhöhen, als die beste Abwehr der amerikanischen Einfuhrschwierungen. Diese Entschliegung müsse nicht nur bei der deutschen Regierung und beim Reichstag, sondern auch bei den deutschen Arbeitern Platz greifen.

Der Sinn dieser Mitteilung ist, wenn er auch durch allerlei Nebensarten verbrämt wird, doch recht klar. Die Arbeitslöhne sollen herabgesetzt werden, damit der Profit der Unternehmer nicht nolleidet. Das ist eine Zumutung, die an Unverschämtheit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Preise für alle Lebensmittel steigen andauernd in beängstigender Weise und diese Verteuerung der Lebenshaltung wird durch die deutsche Zoll- und Steuerpolitik noch begünstigt. Statt aber entsprechend dieser Preissteigerung die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, will man gerade an diesem Punkte sparen. Wir wollen hier ganz davon absehen, daß die niedrigen deutschen Löhne mit ein Anlaß für die Amerikaner waren, durch die Erhöhung der Einfuhrzölle der deutschen Konkurrenz entgegenzuwirken, und daß eine weitere Herabdrückung der Löhne einen Fortzu zu einem höheren hinaufschrauben der Preise über den Kurs; schon die Schwächung der Lebensmittelpreise in Deutschland zwingt die Arbeiterchaft auf eine Erhöhung der Löhne zu drängen. Jedem Versuch der Herabsetzung muß der entschiedenste Widerstand entgegengesetzt werden.

Man kann es bis zu einem gewissen Maße begrüßen, daß der Bund der Industriellen seine Pläne der Öffentlichkeit rechtzeitig bekannt gibt. Die Arbeiter sind nun gewarnt und können sich auf die kommenden Dinge rüsten. Und diese Rüstung kann nur bestehen in einem Ausbau der Gewerkschaften. Je stärker unsere Organisation ist, um so besser wird es uns gelingen, das Attentat der Unternehmer auf die Arbeiterchaft abzuschlagen.

Inzwischen scheint der Bund der Industriellen eingesehen zu haben, daß seine Veröffentlichung ungeschickt war. Durch eine Zuschrift des Generalsekretärs des Bundes an das „Berliner Tageblatt“ soll der Sturm beschwichtigt werden. In diesem Schreiben wird ausgeführt:

„Es entspricht nicht dem Sinne der Veröffentlichung, wenn daraus die Folgerung gezogen wird, die Wirkungen des amerikanischen Zolltarifs sollten durch Lohnherabsetzungen ausgeglichen werden. Sie enthält vielmehr nur eine „ernste Mahnung an Regierung, Reichstag und Arbeiter“, der Industrie nicht noch mehr neue Lasten aufzulegen. Zu neuen Lasten würde aber eine Erhöhung der Löhne, die von den Arbeitern in unverständiger Weise erzwungen würde, zu rechnen sein. An Herabsetzung der Löhne ist gar nicht gedacht worden. Im übrigen haben die Amerikaner die Einfuhrzölle für Textilwaren nicht etwa erhöht, damit in Deutschland höhere Löhne in der Textilindustrie gezahlt würden, denn die Erhöhung der Zölle hat, ganz objektiv genommen, umgekehrt die Tendenz, die deutschen Löhne noch mehr zu drücken, als es leider infolge der hohen Schutzzölle bisher schon der Fall war.“

Diese neue Veröffentlichung dürfte kaum geeignet sein, beruhigend zu wirken, trotz der Ankündigung, daß eine Herabsetzung der Löhne nicht gedacht worden sei. Daß daran auch in Zukunft nicht gedacht werden wird, hat man vorsorglich nicht ausgesprochen. Immerhin wird man sich

das Zugeländnis merken müssen, daß die Löhne bisher schon sehr gedrückt waren. Aber trotz dieses Zugeländnisses wagt man es, den Versuch, diese gedrückten Löhne zu erhöhen, als unverständlich zu bezeichnen. Dieser Versuch des Bundes der Industriellen, die öffentliche Meinung zu beruhigen, ist fehlgeschlagen. Jetzt heißt es erst recht auf dem Posten sein, um die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Arbeiter hintanzuhalten.

Arbeiterbibliotheken.

Alle bürgerlichen Sozialpolitiker, die gelegentlich Entbedungsfahrten in die unteren Volksregionen unternehmen, sind voll des Erstaunens über den großartigen Bildungseifer, der in zunehmendem Maße die heutige Arbeiterchaft befeelt. Unumwunden wird zugegeben, daß dies dem Einfluß der modernen Arbeiterbewegung zu verdanken ist, die in wohlbegründeter Absicht nicht nur an der materiellen Hebung der Arbeiterklasse sich betätigt, sondern auch das Erwecken geistiger Bedürfnisse, die Verbreitung von Aufklärung und Wissen als eines ihrer wichtigsten Arbeitsgebiete betrachtet. Insbesondere haben auch die Gewerkschaften einen erheblichen Anteil an dieser Bildungsarbeit. Neben der Belehrung durch die Presse und durch Vorträge haben sich die Bücher sammlungen, die nun fast in allen Geschäftsstellen den Mitgliedern kostenlos zur Verfügung stehen, als ganz vorzügliches Bildungsmittel erwiesen. Freilich gehört auch hier eine gewisse Übung dazu, um die Bibliotheken wirklich nutzbringend für die Mitglieder zu gestalten. Eine Bücherammlung, die unbenutzt in irgendeinem Winkel verstaubt, ist totes Kapital. Es gibt Bibliothekare, die es ganz ausgezeichnet verstehen, für ihre Bücher auch Leser zu gewinnen, durch immerwährende Aufmunterung und Rat schläge bei der Auswahl des Lesestoffes das Interesse für die Bibliothek nie erlahmen zu lassen. Andere sind gleichgültiger und betrachten ihr Amt als unbedeutsame Bürde und wündern sich dann wohl gar, daß der Lesereifer bei den Kollegen nachläßt.

Neben der Nachlässigkeit des Bücherverwalters können auch äußere Umstände, die Ausstattung und Unterbringung der Bücher, die Anlage der Kataloge und ähnliche Dinge sehr ungünstig auf die Benutzung der Bibliothek einwirken. Mit dem Erstarken des Bibliothekwesens machte es sich überhaupt notwendig, die Erfahrungen, die allerorten von einzelnen gemacht waren, gegenständig auszutauschen, um einheitliche Grundsätze für die bestmögliche Ausgestaltung von Arbeiterbibliotheken zu finden. Diese dankenswerte Aufgabe hat nun „Der Bibliothekar“ übernommen, eine monatlich erscheinende Zeitschrift, die durch den Verlag der „Leipziger Volkszeitung“, Leipzig, Tauchaerstr. 19-21, gegen 50 Pf. Abonnementsbetrag pro Vierteljahr zu beziehen ist. Die bisher erschienenen sechs Nummern beweisen, daß die Leitung der Schrift sich in den allerbesten Händen befindet. Jede Nummer bringt eine Fülle von Anregungen, die keine Bibliotheksverwaltung sich entgehen lassen dürfte. So sind, um nur einiges herbarzuheben, längere Aufsätze erschienen über „Wie fördert man die Benutzung von Bibliotheken?“, „Was sollen wir lesen?“, „Was muß eine Arbeiterbibliothek tun?“, „Ueber die verschiedenen Arten von Katalogen“ und vieles andere. Daneben werden regelmäßig die für Arbeiterbibliotheken wichtigsten Neuerscheinungen gemeldet und besprochen, Bibliotheksberichte aus den verschiedensten Orten gebracht und im „Sprechsaal“ allen Bibliothekaren Gelegenheit geboten, Anfragen zu stellen und einzelne Fragen zu diskutieren.

Es ist zu erhoffen, daß „Der Bibliothekar“ für die weitere Entwicklung der Arbeiterbibliotheken von weittragender Bedeutung ist. Aus diesem Grunde sollte diese Schrift überall zu finden sein, wo Arbeiterbibliotheken zu verwalten sind. Auch unseren Geschäftsstellenverwaltungen empfehlen wir dringend, auf den „Bibliothekar“ zur Benutzung für den Bücherverwalter zu abonnieren.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Geschäftsstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalarbeiters erteilt, und zwar ab 1. Oktober: Dortmund 30 Pf., Helmstedt 25 Pf., Nürnberg 30 Pf. (weibliche 10 Pf.), Oberhausen 10 Pf., Stauten 5 Pf.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einrücken müssen, haben ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Verbandsvorstand einzusenden. Die Beiträge müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Geschäftsleiter eingetragen und abgestempelt sein. Nach beendeter Dienstzeit ist das Mitgliedsbuch sofort von hier einzufordern und die Beitragszahlung in demselben fortzusetzen. An die Militärzeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als beitragsfrei abgestempelt werden, wenn die Zurückmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Unterstützungsansprüche stehen den vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern im Rahmen derjenigen Rechte zu, welche sie vor der Militärzeit erworben hatten.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 40. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Für die ausgesperrten Arbeiter in Schweden gingen von unseren Geschäftsstellen weiter folgende Beträge ein: Demmin 10,—, Schivelbein 6,50, Potsdam 2. Rate 200,—, Rixdorf 2. Rate 100,—, Strausberg 2. Rate 25,—, Wriegen a. O. 2. Rate 15,80, Zillitau 5,—, Dresden 4. Rate 412,95, Eistherwerda 2. Rate 10,—, Markfrankfurt 2. Rate 20,—, Cuxhaven 50,—, Lehrs 25,—, Soltau 4,50, Solingen 50,—, Wermelskirchen 2. Rate 12,40, Wenzheim 10,—, Sprendlingen 3. Rate 10,—, Weinhelm 2. Rate 20,—,

Gmünd (Schw.) 5., Karlsruhe 2. Rate 100., Einzelmitglieder Staade-Dähre 1., Fuchs-Wörz 1., Mf. In Summa 1093,95 Mf. Vereins quitiert 37 601,05 Mf. Zusammen 38 735.,— Mf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 181686 Wilhelm Biegenhagen, Tischler, geb. 25. 11. 73 zu Schloppe.
- 192838 Karl Götting, Tischler, geb. 9. 8. 83 zu Bielefeld.
- 208049 Otto Beccard, Tischler, geb. 17. 11. 83 zu Cuxhaven.
- 215227 Johann Kremer, Maschinenarbeiter, geb. 25. 6. 78 zu Bockenheim.
- 372805 Robert Walz, Tischler, geb. 10. 12. 89 zu Waden-Baden.
- 414289 Heinrich Schäffer, Tischler, geb. 27. 8. 91 zu Schöndorfen.
- 447459 Paul Banemann, Tischler, geb. 19. 6. 86 zu Hammer.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Mugsburg. In einer am 11. September abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte Kollege Stein aus Nürnberg über: „Die Lohnbewegung der Schreiner in Nürnberg“. Er schilderte den an interessanten Vorkommnissen reichen Verlauf des Kampfes unserer Nürnberger Kollegen und beleuchtete das Verhalten der Zunft und des Arbeitgeberschutzverbandes. Der Nürnberger Kampf ist für die Mugsburger Kollegen um so lehrreicher, als wir es hier mit demselben Gegner zu tun haben. Zu wünschen wäre, daß die Kollegen es bei dem Weisfall, den sie dem Referenten spendeten, nicht bewenden lassen, sondern die nötigen Maßnahmen aus dem Vortrag ziehen.

Deutchen D.-Schl. Am 19. September sprach in unserer Mitgliederversammlung Genosse Waldiga über den „Schwindel der Revitalen Arbeiterpolitik“. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nur wäre es zu wünschen, daß die Kollegen künftig mehr als seither die Versammlungen besuchen möchten; denn von 85 Kollegen sind in der Regel kaum 20 anwesend. Außerdem werden die Kollegen noch erinnert, daß unsere Versammlungen stets jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats stattfinden. Die Kollegen von Deutchen D.-Schl. werden ersucht, sich an den Flugblattverbreitungen zahlreicher zu beteiligen und ihr Interesse an den Verband durch öfteren und zahlreichen Besuch zu beweisen.

Darmstadt. In der Hauptsache sind es Fleischnetze, welche die Firma J. Glücker verfolgt, wenn sie in auswärtigen Blättern Arbeitskräfte sucht. Daneben besteht die Absicht, bei der jetzigen für die Unternehmer günstigen Konjunktur Arbeitskräfte nach Darmstadt zu ziehen, um mit Hilfe derjenigen, die ohne jedwede nähere Erkundigung nach hier kommen, einen Druck auf die am Orte ansässigen Kollegen ausüben zu können. In einer gewaltigen Täuschung befinden sich die Kollegen, die da glauben, in Darmstadt herrschen noch die Verhältnisse wie vor zwei und drei Jahren. Wenn es damals noch Kollegen gab, die der Meinung waren, über Darmstadt würde nie die wirtschaftliche Krise hereinbrechen, so sind sie inzwischen gründlich eines anderen belehrt. Scharfer als in anderen Städten hat sich hier der Konjunkturrückgang bemerkbar gemacht. Selbstverständlich ist demnach auch das Auftreten der Arbeitgeber und ihre Behandlung der Arbeiter gegenüber. War es doch der Inhaber der Firma Glücker, Kommerzienrat Jul. Glücker, der da glaubte, anfänglich einer gemeinsamen Sitzung im Februar dieses Jahres, als es galt, die im Leipziger Schiedsspruch enthaltenen geringfügigen Verbesserungen in Kraft treten zu lassen, höhnischen Tones erlösen zu müssen. „Ihr habt geglaubt, uns wie eine Zitronen zu pressen zu können, aber jetzt ist es umgekehrt; wir haben einen Zitronensaftgehalt, die Kräfte. Wie ein richtiger Fabrikpacha herrscht der Herr Kommerzienrat in seinem Betrieb, unterstützt durch das nicht immer einwandfreie Gebaren eines Teiles der dort beschäftigten Arbeiter. Sieht der Geizer morgens früh vor Beginn der Arbeit den Inhaber auf dem Hof, so wird nicht nach der Zeit gefragt, einfach ertönt das Arbeitsignal und die angeblich zu spät kommenden Arbeiter werden mit Entlassung bestraft. Für Sonntagsarbeit außerhalb wird der Zuschlag von 25 Pf. nicht gezahlt, lediglich nur der Montageszuschlag. In keinem Verhältnis zu den Verkaufspreisen der hergestellten Möbel — die Firma liefert zum größten Teil nur an hohe und höchste Herrschaften — stehen die von der Firma gezahlten Löhne. Kam doch kürzlich ein Fall auf dem Werksgebiet vor, daß Glücker sich weigerte, einem Arbeiter den Montageszuschlag zu bezahlen, weil der Vertreter dem Arbeiter ein Mittagessen schenkte. Kommt es doch bei dieser Hofflieferantenfirma vor, daß Arbeiter, nachdem sie jahrelang ihre Arbeitskraft geopfert haben, statt etwas zu verdienen hören müssen, daß sie der Firma noch Geld schulden, indem durch zu niedrige Ansetzung der Akkordpreise kaum noch ein paar Arbeiter zu bezeichnen sind, die hierbei auf ihren Wochenabschluss kommen. Alles in allem herrschen hier Verhältnisse, die unsere Kollegen heranlassen müssen, den Insperaten gegenüber äußerst vorsichtig zu sein, wollen sie nicht am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, in dem kommerzienrätlich Glückersehen Betrieb zu arbeiten beurteilt zu sein.

Mogau. Bei der Firma W. Girsbach, Sophagefabrik, ist es seit der Einführung der Teilarbeit selbst dem tüchtigsten Arbeiter nicht möglich, einen Lohn zu erzielen, mit dem er die notwendigsten Lebensbedürfnisse bestreiten könnte. Wochenverdienst von 7—12 Mf. sind an der Tagesordnung. Leider haben die meisten der dort beschäftigten Kollegen es noch nicht für notwendig befunden, sich der Organisation anzuschließen. Sie glauben immer ohne Organisation ihre Lage zu verbessern; wie sie dieselbe verbessert haben, haben sie bereits erlebt und werden es noch weiter erleben. Da diese Firma am Orte keine willkürlosen Ausbeutungsobjekte mehr findet, auch in ganz Schlesien als ein Eldorado bekannt ist, sucht sie in auswärtigen Zeitungen, namentlich in Brandenburg und Sachsen, Tischler und Polierer. Wir raten jedem Kol-

legen, der hier auch bei anderen Firmen in Arbeit treten will, sich erst bei der Verwaltung zu erkundigen. Wir haben hier nämlich noch andere Betriebe, z. B. die Möbelfabrik von Karl Chutsch, die in allen Zeitungen Tischler sucht und die ebenfalls der reine Taubenschlag ist. Als dritte im Bunde erscheint die Möbelfabrik von S. Eisert. Die dem Herrn (der nebenbei der Oberhartmacher von Mogau ist) ist jeder organisierte Arbeiter ein Greuel, ob Verbändler, christlich oder Gewerksvereiner. In Vertikattversammlungen, die dieser Herr abhielt, sucht er seine Leute vor dem Verband gruselig zu machen. Aber auch Herr Eisert wird es nicht aushalten können, daß der Organisationsgedanke sich Bahn bricht. An dieser Stelle möchten wir unsere Kollegen ermahnen, in der Agitation nicht nachzulassen und fleißiger wie bisher die Mitgliederversammlungen zu besuchen.

Göttingen. Der Besuch der Mitgliederversammlungen läßt in letzter Zeit wieder zu wünschen übrig. Kaum der vierte Teil unserer Mitglieder fühlt sich verpflichtet, die regelmäßigen Versammlungen zu besuchen und hier an den Beratungen teilzunehmen. Zum Teil liegt die Schuld wohl an den schlechten Lokalverhältnissen und dem Benehmen unseres Verkehrsmitwes, wenn wir dieses auch keineswegs als stichhaltigen Grund oder Entschuldigung für den schlechten Besuch der Versammlungen gelten lassen können. Die unheilvollen Verhältnisse im jetzigen Verkehrslokal haben nun dazu geführt, daß das Gewerkschaftskartell die Lokalfrage diskutierte und zu dem Entschluß gekommen ist, ein anderes Verkehrslokal ausfindig zu machen. Als solches ist nun die im Zentrum der Stadt, am Wilhelmplatz Nr. 3, gelegene „Kaiserhalle“, welche am 1. Oktober d. J. in den Besitz des Herrn Restaurateurs Spbing übergeht, gewählt. Sämtliche Gewerkschaften, außer den Herren Buchdruckern, die ja auch jetzt schon immer ein besonderes Verkehrslokal hatten, haben zugestimmt und werden am 1. Oktober ihr Lokal nach dort verlegen. Im allgemeinen verspricht man sich von dem Lokalwechsel eine regere Betätigung im Gewerkschaftsleben am Orte, und hoffen wir, daß auch dies bei den Holzarbeitern der Fall sein wird. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 9. Oktober, bereits in dem oben erwähnten neuen Verkehrslokal statt, und wird die Tagesordnung eine recht wichtige und reichhaltige sein. Zur Einleitung einer planmäßigen Agitation für Gewinnung neuer Mitglieder wird Kollege Wedemeyer einen Vortrag über: „Die Organisationsverhältnisse der Holzarbeiter am Orte und wie ist eine Besserung möglich?“ halten. Außerdem erfordert die bereits für September eingesezte, aber vom Magistrat verschobene und nun nahe bevorstehende Gewerbeprüfung eine nochmalige Aussprache. Nicht zuletzt ist es aber auch notwendig, in dieser Versammlung festzustellen, ob die am 1. Oktober laut Vertrag einzuführende verkürzte Arbeitszeit auf 9½ Stunden pro Tag und der erhöhte Stundenlohn in allen Betrieben durchgeführt ist. Zu diesem Zweck wird auch vorher noch eine Werkstattvertrauensmannerversammlung stattfinden. Kollegen! Die Zeit ist zu ernst, als daß wir nachlässig unserer Organisation gegenübersehen. Wollen wir unsere je denfalls nicht als gut zu bezeichnenden Arbeits- und Lohnbedingungen für die Zukunft verbessern, so ist dieses nur mit Hilfe einer starken Organisation am Orte möglich. Helfe daher ein jeder mit. Erscheint alle, ohne Ausnahme, in der am 9. Oktober stattfindenden Mitglieder-versammlung, versuche ein jeder einzelne, die noch nicht organisierten Kollegen für den Besuch dieser Versammlung zu gewinnen, und der Erfolg kann nicht ausbleiben. Die durchreisenden Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß sich auch die Herberge ab 1. Oktober in dem oben erwähnten Lokal „Kaiserhalle“, Wilhelmplatz Nr. 3, befindet.

Am Ufer der russischen Grenze liegt in schöner Umgebung das Städtchen Amd. Jedoch sind die Löhne und der Beschäftigungsstand in diesem Städtchen recht mäßig und der dortigen Arbeiter für den Holzhandwerk. Nicht und sonstigen sein müssen. Trotzdem die Kollegen bereits einmal den Wert der Organisation kennen gelernt haben, indem dieselbe die zehnstündige Arbeitszeit und bestimmte Akkordpreise geschaffen hatte, so hat ein Teil der Kollegen dieses vergessen und der Organisation den Rücken gekehrt. Die Folgen sind natürlich nicht ausgeblieben: Kürzung der Akkordpreise, willkürliche Lohnfestsetzungen sind an der Tagesordnung. Schuld trägt auch daran das gegenseitige Verhältnis der Kollegen unter sich. Das Begehren und Versehen bei den Meistern ist groß. Schlechter geht es noch den Kollegen, die bei den Meistern in Kost und Logis sind. Die Schlafstätten spotten jeder Beschreibung. Zwischen altem Gerümpel, Lumpen und Schmutz, Staub und Spinnweben stehen aus rohen Brettern zusammengeagelt die Bettstellen. So schmutzig wie die Schlafstätten, die zum größten Teil unter dem Dache sind, ist auch die Bettwäsche. Es ist leicht erklärlich, daß dieses alles dazu beiträgt, Krankheiten zu verbreiten. Nicht lebensgefährlich ist oft noch der Ausgang zu diesen Schlafstätten. Eine Leiter, die bei jedem Tritt hin- und herschwankt, daß man denkt, das Ding bricht jeden Augenblick zusammen, führt zu diesen bazillensammelnden Spelunken. Hier wäre es geboten, daß diejenigen, die die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung negieren, einmal hineinsehen würden, wie Leute hausen müssen und wie es früher in Orten, in denen man heute gar nicht mehr daran denkt, ebenfalls ausgesehen hat. Nur der Gewerkschaftsbewegung ist es zu verdanken, daß es dort abge schafft worden ist, und daß es auch gelingen wird, in den entferntesten Winkeln damit aufzuräumen. Es gehört aber auch dazu vor allen Dingen der eigene feste Wille der Kollegen, um damit aufzuräumen. Wenn es den Kollegen von Amd. ernsthaft darum zu tun ist, auch hier geregelte Verhältnisse zu schaffen, dann müssen sie alles andere beiseite lassen und einzig und geschlossen dastehen, sich dem Verbands angeschlossen und mit Hilfe desselben nicht nur die einstmals bereits errungenen Positionen zurückerobern, sondern noch mehr erreichen. Nur durch geschlossenes Vorgehen und einmütiges Handeln einer Gruppe kann man Einfluß und Macht gewinnen, um bessere Verhältnisse zu schaffen, die für die Amd. Kollegen dringend geboten sind.

Marienwerder. Seit kurzer Zeit ist es gelungen, eine Anzahl Tischler für den Deutschen Holzarbeiterverband zu gewinnen. In einer am 19. September abgehaltenen Holzarbeiterversammlung sprach Kollege Siefeld aus Danzig über: „Die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter und wie kann dieselbe verbessert werden?“. Die Ausführungen des Referenten gingen dahin, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Marienwerder, elfstündige Arbeitszeit, 16 bis 24 Mf. Lohn, der höhere Satz allerdings nur in Ausnahmefällen, längst nicht mehr zeitgemäß und den teuren Existenzverhältnissen für Marienwerder angemessen seien. Eine Verbesserung für die Arbeiter könne aber nur dann erreicht werden, wenn die Kollegen sich organisieren und nicht nur vorübergehend, sondern dauernd Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes bleiben. Im Anschluß an das Referat wurde beschlossene, Anfang Oktober für Marienwerder eine Zweigstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu gründen. Mögen nun die Holzarbeiter aller Branchen von Marienwerder in der Anfang Oktober stattfindenden Versammlung vollzählig erscheinen, damit die Gründung der Zweigstelle mit einer imposanten Mitgliederzahl erfolgen kann.

Paderborn. In der Werkstatt von Fritz Rauber haben die Kollegen fortgesetzt Grund zu Beschwerden. Bei der Einstellung eines Arbeiters verspricht der Meister gewöhnlich 40—45 Pf. Lohn, in Wirklichkeit zahlt er jedoch erheblich weniger. Meist wird den Kollegen sehr bald Akkord vorgegeben, wobei aber selten jemand zurecht kommt, weil man gewöhnlich auf Material warten muß. Dazu hat der Meister die Gewohnheit, das Holz, das er zurecht, zu kurz oder zu schmal zu machen; auch beim Zurecht der Türen oder Seitenrahmen kommt es ihm auf 1 oder 1½ Zentimeter nicht an; der im Akkord stehende Arbeiter muß diese Pflucherei nachher in Ordnung bringen. Will ein Arbeiter nach der ersten Lieferung die Mube verlassen, dann findet Herr Rauber allerlei an der Arbeit zu mäkeln. Auch in anderer Beziehung versteht es der Herr, die Arbeiter zu schikanieren. So wurde kürzlich einem Kollegen, als er aufhörte, für einen fehlenden Schraubenzieher und den Handfeger 1 Mf. abgezogen. Einige Tage später brachte aber der Meister die Sachen selbst aus seiner Wohnung. Es ist bei diesen Verhältnissen kein Wunder, daß die meisten Gesellen es nur wenige Tage in der Werkstatt aushalten. Und dann wundert sich Herr Rauber noch, daß seine Werkstatt gesperrt wird.

Parthum i. Westf. Wenn man den Besuch unserer Mitgliederversammlungen betrachtet, könnte man den Eindruck gewinnen, als lebten wir in den denkbar besten Verhältnissen. Wie ganz anders ist es dagegen in Wirklichkeit. Nicht verbesserungsbedürftige Zustände sind z. B. bei der Firma Johannes Wehrendt zu finden, wenngleich auch anderwärts wohl manches zu wünschen übrig bleibt. Hier macht der Meister die Akkordpreise scheinbar ganz nach Guldünken, und zwar so, daß die Kollegen mit einem Wochenverdienst von 12 bis 15 Mf. und auch noch weniger nach Hause gehen müssen. Es heißt einfach, so und so viel gebe ich für die Arbeit. Ein Kollege, welcher am Orte schon einen höheren Lohn erhalten, ließ sich jetzt ruhig mit 30 Pf. pro Stunde abspäßen, trotzdem er nach Ansicht seiner sämtlichen Arbeitskollegen mehr verdient. In einer von der Lokalverwaltung einberufenen Werkstattversammlung wurden diese Fälle zur Sprache gebracht und beschlossen. Die Kollegen sollten vorstellig werden und die Akkordarbeit als solche verweigern. Dies hat dazu geführt, daß die betreffenden drei Kollegen aufhörten, da der Meister sich auf einen entschieden ablehnenden Standpunkt stellte. An die zurechtfindenden Kollegen ergeht das Ersuchen, sich vor Annahme von Arbeit erst bei der Lokalverwaltung nach den herrschenden Zuständen zu erkundigen. Auch die ansässigen Kollegen möchten sich mehr als bisher an den Versammlungen beteiligen und über die Schaffung besserer Verhältnisse mitberaten.

Paderborn bei Marienwerder. Wenn man die Zahl der hier beschäftigten Arbeiter mit der Zahl der Organisierten vergleicht, dann stellt sich ein starkes Mißverhältnis heraus. Dabei hätten es aber die hiesigen Kollegen besonders nötig, für eine Verbesserung ihrer Lage einzutreten und sich zu diesem Zwecke zu organisieren. Wochenlohn von 12—14 Mf. sind hier durchaus keine Seltenheit. Die Arbeitszeit beträgt 65—67 Stunden pro Woche und noch länger. Die Kollegen hätten demnach alle Ursache, sich vor allem dem Verband anzuschließen, statt ihre Kräfte in allen möglichen Vereinen zu zerplittern. Kollegen, die dem Verband fernstehen, glauben, daß die Unternehmer freiwillig etwas geben, da sind sie aber stark im Irrtum. Der einzelne bedeutet heute nichts, sondern nur starke Organisationen sind instande, gegenüber dem Unternehmertum Erfolge zu erringen. Also Kollegen von Paderborn und der Umgegend, schließt Euch dem Verband an, agitiert unermüdl ich für Eure Organisation. Die neue Steuerbelastung, die uns am meisten trifft, müßte jeden indifferenten darauf hinweisen, daß seine Interessen nur im Verband vertreten werden.

Rosen. Als hier der christliche Holzarbeiterverband im Jahre 1902 mit Hilfe des polnischen katholischen Gewerksvereins und einiger Pfarrer eine Zweigstelle gründete, wurden in verhältnismäßig kurzer Zeit die Möbeltischler am Orte zum großen Teil für diese gewonnen. Wohl selten wurde an einem anderen Orte soviel Perzevismus zum Mitgliederfang geübt als hier. Den Mitgliedern unseres Verbandes wurde im Beichtstuhl erklärt, daß, falls sie nicht aus unserer Organisation austreten, sie die Absolution nicht erhalten könnten. Selbstverständlich vergah man dabei nicht, für den christlichen Verband Propaganda zu machen. Am die etwa 100 Mitglieder, die zumeist Polen waren, zu halten, wurde eine unabhängige Person vom Westen hergeholt. Doch zum Glück erkannte auch die Posener nur zu schnell ihre falschen Freunde, und ein großer Teil der einschüchtern Kollegen führte den Christen den Rücken. Der Führer zog es vor, bei Nacht und Nebel mit blauen Fensterläden, die ihm die eigenen Mitglieder mit auf den Weg gaben, Rosen zu verlassen. Uebrig blieb nur ein Häuflein Getreuer, die sich ab und zu im Leberstundenmachen hervorliefen, ohne daß der christliche Verband dagegen etwas zu unternehmen wagte. Zum 14. September hatte dieser endlich wieder mal eine Holzarbeiter-versammlung einberufen, in welcher der Zentralvorsitzende Anti-

scheid sprach. Entgegen den früheren gut besuchten Versammlungen waren jetzt außer einigen Mitgliedern des evangelischen Gesellenvereins und zusammengetriebenen Maurern nur wenige Holzarbeiter vertreten. Das sind die Folgen der bösen Tat, daß man auch in Posen beabsichtigt hatte, bei der Lohnbewegung ein zweites Köln zu bereiten. Herr Kurtscheid sprach matt. Er rebete über „Arbeitgeberverbände und Tarifverträge“ und streifte die herrschende Meinung. Kollege Matuszewski erwiderte in herben Worten, daß es eine Heuchelei sei, hier den Arbeitern von Aufbesserung des Verdienstes und schlechter Lage zu sprechen, wenn man auf der anderen Seite geholfen hat, den Arbeitern die Lebenslage durch Verteuerung der Lebensmittel zu verschlechtern, wie das die Führer der christlichen Gewerkschaften getan haben. Heuchelei sei es auch, von einer Einigung zu sprechen, wo doch die christlichen Gewerkschaften von der arbeitserfreundlichen Zentrumspartei nur als Sturmböck gegen die moderne Arbeiterbewegung gegründet wurden, was selbst in der jüngsten Zeit von berufener Seite bestätigt wurde. Kollege Matuszewski rief den anwesenden polnischen Kollegen, einer solchen Gewerkschaft, wie der christlichen, deren Führer für Verteuerung der Lebensmittel gestimmt haben, den Rücken zu kehren. Für einen polnischen Arbeiter sei es unwürdig, einer solchen Gewerkschaft anzugehören. Diese Sätze haben gefesselt. Kurtscheid versuchte sich mit einigen abgedroschenen Märchen über die Sozialdemokraten hinwegzuhelfen. Er sprach dem Kollegen Matuszewski, da er Sozialdemokrat sei, das Recht ab, sich Pole zu nennen, und berief sich schließlich auf die polnischen Abgeordneten, die auch für die Verteuerung der Lebensmittel gestimmt haben. Darauf entgegnete ihm selbst die Mitglieder des polnischen Verbandes, wie des Gewerkschafts, daß auch diese Abgeordneten das Volk verraten haben. Nach Kurtscheid wollen die Sozialdemokraten den Gegenwartsstaat stürzen, und deshalb müßten die christlichen Arbeiter dem Staat die Mittel zum Regieren geben, worauf ihm geantwortet wurde, daß speziell der polnische Arbeiter kein Interesse hat, einem Staate, der für seine Arbeiter nur Ausnahmegesetze übrig hat und ihnen die Lasten auferlegt, irgendwelche Mittel zu bewilligen. Es wirkte sehr komisch, als der Sekretär Bartels vom evangelischen Verein, der sich durch nichts von den gelben Vereinen unterscheidet, den Christen zur Hilfe eilte. Kollege Whycki wies in trefflichen Worten auf die durch die neuen Steuern für die Arbeiter entstandenen Nachteile hin und brandmarkte das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer. Es durfte aber auch in dieser Versammlung ohne Strafe für die Taten der christlichen Führer, vom Schläge Wehrnis, nicht abgehen. Als ein christlich organisierter Maurerpolier versuchen wollte, die Taten der christlichen Gelben in polnischer Sprache zu verteidigen, da machte der überwiegende Beamtet darauf aufmerksam, daß polnisch nicht gesprochen werden darf. Dieses Vorkommnis wirkte auf die anwesenden Christen sehr beschämend, zumal von allen Seiten höhnisch zugerufen wurde, sie sollen sich dafür bei Wehrnis bedanken. Wenn jemand von den Kollegen noch zweifelte, daß die christlichen Gewerkschaften bzw. deren Führer heuchlerisch seien, der müßte durch das Verhalten des ersten Vorsitzenden des christlichen Holzarbeiterverbandes, der emeritiert von schlechter Lebenslage der Arbeiter spricht, andererseits aber das Verhalten seiner Freunde, die für die neuen Steuern gestimmt haben, verteidigte, eines besseren überzeugt werden sein. Kollegen! Sorgt dafür, daß die Schutztruppe der Zentrumspartei im Osten nicht aufkommt, da sonst dem Fortschritt der modernen Arbeiterbewegung der Hemmschuh angelegt würde! Kollegen! Sorgt für Aufklärung in den Reihen der Indifferenten, werbt neue Kämpfer!

Herbiningen. Wie wahr das Wort von der gesicherten Existenz des Arbeiters ist, hat wiederum ein Kollege erfahren, der seit 4 1/2 Jahren in der hiesigen Waggonfabrik beschäftigt war. Anfangs Mai erkrankte er an Rheumatismus, woran die intensiven Schufterei und die mangelhaften sanitären Einrichtungen in der Fabrik ein gut Teil Schuld tragen. Nach einer zehntägigen Krankheitsdauer wurde er von der Landesversicherung als gesund aus der Heilbehandlung entlassen. Von der Fabrik wurde er aber nicht weiter beschäftigt, angeblich wegen Arbeitsmangel. In Wirklichkeit hat aber Herr Febr nur die Gelegenheit wahrgenommen, sich eines Arbeiters zu entledigen, der wegen der Energie, mit welcher er die Interessen der Kollegen wahrgenommen hat, mißliebig geworden war. Die Hoffnung, welche die Fabrikleitung an diese Mahregelung knüpft, wird sich aber nicht erfüllen. Die Kollegen in der Fabrik werden auch künftig ihre Interessen wahrzunehmen wissen und schließlich wird auch Herr Febr erkennen müssen, daß er das Gegenteil von dem erreicht hat, was er wollte.

Storbefafel.

- Theodor Hengemühle, Tischler, geb. 12. Februar 1880 zu Brodbeck, gest. 9. August 1909 zu Effen.
- Theodor Verfling, Tischler, geb. 8. März 1845 zu Braunschweig, gest. am 14. August 1909 ebenda.
- Karl Spay, geb. 7. April 1857 zu Wittigstall, gest. 8. August 1909 ebenda.
- Heinrich Kofbu, Tischler, geb. 2. Juni 1883 zu Helfersdorf, gest. 14. August 1909 zu Frankfurt a. M.
- Wenzel Susanka, Polierer, geb. 3. März 1871 zu Kron-Voritzsch, gest. 22. August 1909 zu Leipzig.
- Emil Gärtner, Maschinenmacher, geb. 26. September 1876 zu Ennigloh, gest. 11. August 1909 zu Bünde.
- Richard Fischer, Holzarbeiter, geb. 7. Januar 1887 zu Wipperforsch, gest. 5. August 1909 zu Leubsdorf.
- Fritz Dertzig, Tischler, geb. 26. Juli 1880 zu Neu-Vieghörde, gest. 12. August 1909 zu Neublinburg.
- Hermin Müller, Pianofortetischler, geb. 21. November 1846 zu Leipzig-Neuschönfeld, gest. 17. August 1909 zu Leipzig.
- Wilhelm Mengel, Tischler, geb. 16. Dezember 1888 zu Weiskirchen i. Th., gest. 2. August 1909 ebenda.
- Alb. Heintze, geb. 25. März 1846 zu Wellenbach, gest. 22. August 1909 ebenda.
- Otto Wasmuth, geb. 3. November 1882 zu Dörfelerschmiede, gest. 21. Juni 1909 zu Meilenbach.

- Georg Barthel, Schreiner, geb. 16. April 1860 zu Schönungen, gest. 8. August 1909 zu Stuttgart.
- Gustav Kurz, Schreiner, geb. 13. August 1886 zu Meßingen, gest. 8. August 1909 zu Stuttgart.
- Karl Merkle, Schreiner, geb. 4. Februar 1860 zu Dettingen, gest. 20. August 1909 zu Stuttgart.
- Nudolf Westhäuser, Schreiner, geb. 24. März 1870 zu Waiblingen, gest. 21. August 1909 zu Stuttgart.
- Jakob Huber, Schreiner, geb. 3. März 1882 zu Effringen, gest. 22. August 1909 zu Mannheim.
- Karl Hofmann, Knopfmacher, geb. 5. Dezember 1865 zu Ronneburg, gest. 23. August zu Schmöllen.
- Bruno Weise, Knopfmacher, geb. 10. September 1869 zu Pöschpau, gest. 1. August 1909 zu Schmöllen.
- Johann Bachelmann, Schreiner, geb. 21. Dezember 1891 zu Litzling, gest. 14. September 1909 zu Passau.
- Johann Wiedlon, Tischler, geb. 23. Juni 1870 zu Antischkau, gest. 25. August 1909 zu Breslau.
- Richard Faust, Pianofortearbeiter, geb. 1. Februar 1877 zu Böhlitz-Ehrenberg, gest. 6. September 1909 ebenda.
- Emil Schmolll, Tischler, geb. 6. März 1861 zu Kassel, gest. 3. August 1909 ebenda.
- Heinrich Meil, Tischler, geb. 25. Februar 1886 zu Dörrhagen, gest. 15. August 1909 zu Kassel.
- Georg Bonneder, Maschinenarbeiter, geb. 17. September 1854 zu Wiesenbrunn, gest. 1. September 1909 zu Nürnberg.
- Marie Reek, Zellulidarbeiterin, geb. 7. November 1878 zu Heißenheim, gest. 2. September 1909 zu Nürnberg.
- August Falk, Holzarbeiter, geb. 15. Juni 1859 zu Labun D.-Pr., gest. 20. August 1909 zu Brandenburg.
- Karl Blankenfeld, Tischler, geb. 29. November 1869 zu Brandenburg a. S., gest. 29. August 1909 ebenda.
- Hans Graf, Säger, geb. 2. Februar 1881 zu Schwab.-Hall, gest. 6. September 1909 ebenda.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Der Kampf in Süddeutschland.

In Süddeutschland können wir mit der Entwicklung der Bewegung sehr zufrieden sein. Die Frankfurter Arbeitgeber — d. h. die paar Scharfmacher à la Hertell — machen eine Dummheit nach der anderen und verlangen immer wieder, daß auch die Arbeiter nach ihrem Rezept arbeiten sollen. Seit nunmehr 1 1/2 Jahren drohen diese Leute unausgesetzt mit allen möglichen Maßnahmen gegen den Holzarbeiterverband. Seit einigen Wochen wurde mit viel Worten die Aussperrung aller Holzarbeiter angedroht. In Gemeinschaft mit Dr. Reiner, zu dessen Entschuldigung allerdings dient, daß er von den Dingen im Holzgewerbe herzlich wenig versteht, haben sie die Einigung in Mannheim-Ludwigshafen, Seidelberg und Pforzheim hintertrieben, und zwar aus selbstsüchtigen Motiven und Lust am Krackel. Jetzt aber, wo die Herrschaften einmal zeigen sollen, was sie können, da flennen sie über die bösen Arbeiter — die ihnen die Arbeitgeber nicht zusammentreiben wollen. Die Herren Dr. Reiner, Hertell und Konsorten meinen nämlich, die Arbeiter müssen den Arbeitgebern Forderungen einreichen, wenn Dr. Reiner und Hertell dieses verlangen. Die Dinge liegen doch so, daß die Arbeitgeber aussperrten, weil sie einen Vertrag für Frankfurt haben wollen, wonach die Arbeiter große Sehnsucht nicht besitzen. Nun liegt es doch an den Arbeitgebern, den Arbeitern zu sagen, was sie für den Vertrag, an welchem sie ein solch großes Interesse haben, geben wollen. Dieses Lehnen sie aber beharrlich ab. Bei den Dingen bedauert man die Frankfurter Arbeitgeber nicht so sehr, da sie eine Arbeitszeitverlängerung, keine Lohnerhöhung, aber Vertrag bis 1910! Also früher sagte man schon, was man wollte, warum denn jetzt nicht? Werthwürdig! — oder eigentlich nicht merkwürdig, wenn man die Leute näher kennt, die man vor sich hat, und wenn man die Verhältnisse berücksichtigt. Als der Arbeitgeberverband unserer Verwaltung in Frankfurt mitteilte, daß man den Abschluß eines Vertrages fordere, hat unsere Verwaltung sich bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten, wenn der Arbeitgeberverband seine Bedingungen mitteilen würde. Darauf erschien auf dem Verbandsbureau in Frankfurt eine Deputation der Arbeitgeber, und Herr Direktor Hoffmann erklärte, „es sei noch nicht dageswesen, daß die Arbeitgeber die besseren Bedingungen nennen, unter denen sie zum Vertragsabschluß bereit seien“. Dagegen wurde auch dort wieder ausgesprochen, es sei an den Arbeitern, zu sagen, was sie haben wollten bei einem Vertragsabschluß. Unsere Vertreter erklärten, daß die Arbeiter es entschieden ablehnen, Forderungen zu stellen, und Verhandlungen darum zwecklos seien. Man versteht die Haltung unserer Frankfurter Verwaltung, um so mehr, wenn man daran erinnert, daß in Frankfurt in den letzten Jahren Dutzende resultatloser Verhandlungen stattgefunden haben, in welchen unseren Kollegen die pöbelhafteste Behandlung zuteil wurde.

Jetzt wurde die große Aussperrung in Szene gesetzt. Es sind bis Ende der letzten Woche von 1600 in Frage kommenden Kollegen ausgeschlossen 262. Die Betriebe, welche nur Teilaussperrungen vorgenommen hatten, wurden von unserer Seite vollständig leer gemacht — allein bei der Firma Schneider u. Canau wurden 80 Mann herausgeholt —, so daß am 25. September sich rund 360 Mann im Kampfe befanden. Bis Montag, den 27. September, sind dann weitere — keine Kollegen ausgesperrt. Also ein klägliches Resultat. Da versteht man es, wenn Herr Dr. Reiner sich die Finger wund schreibt und durch allerlei krauses Zeug zu beweisen versucht, daß die Arbeiter die Schuld an der Aussperrung tragen, und wenn das die Arbeiter nicht verstehen wollen, dann sieht sich der Doktor gleich wieder auf die Hüften und schreibt das Gegenteil von dem vorher Geschriebenen, und wunder

sich dann, daß die Arbeiter es nun erst recht nicht verstehen wollen. Der gute Mann wird es im Leben aber nicht begreifen, daß dieses nicht an der Auffassungsgabe der Arbeiter, sondern an Herrn Dr. Reiner liegt.

Die Arbeitgeber in Mannheim-Ludwigshafen, Pforzheim und Seidelberg haben nun immer auf die Taten der Frankfurter gewartet. Nach den großen Worten durften sie mit Recht annehmen, daß die Aussperrung in Frankfurt bis auf den letzten Mann durchgeführt wurde. In der Delegiertenitzung des „Süddeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe“, welche am 24. September in Mannheim stattfand, gab es darum recht lange Gespräche, als mitgeteilt wurde, daß nur zirka 400 Arbeiter ausgesperrt seien. Daß Herr Hertell die Zahlen viel zu hoch angegeben hat, haben wir schon oben erwähnt. Die Frankfurter Herren wurden dann aufgefordert, mehr Dampf hinter die Aussperrung zu machen, widrigenfalls würden die Mannheim-Ludwigshafen sehen nämlich die Arbeitgeber immer mehr ein, daß sie von den Frankfurtern „geneppt“ sind. Ist es doch sogar vorgekommen, daß Aufträge von 40 000 Mk., welche die Mannheim-Ludwigshafener Meister aus Solidarität gegen Frankfurt abgelehnt hatten, nach — Frankfurt vergeben wurden, und die dort in Frage kommenden Arbeitgeber verpflichteten sich, die Arbeit prompt bis zum angegebenen Datum zu liefern. Diese und einige andere Vorkommnisse sowie der Gang der ganzen Sache haben die Unruhe unter den Meistern in Mannheim-Ludwigshafen erheblich gesteigert. Sie fühlen sich genasführt und wollen nicht länger mitmachen. Am 27. September haben in Ludwigshafen 12 der maßgebendsten Firmen, die 98 Arbeiter beschäftigen, die Forderungen vollständig durch ihre Unterschrift anerkannt, und die übrigen werden bald folgen.

In Pforzheim befinden sich 140 Kollegen im Kampfe. Der Gewerbegerichtsvorsitzende hat sich zur Vermittlung angeboten. Unsere Kollegen haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt.

In Seidelberg hat sich die Zahl der Streikbrecher in den letzten vier Wochen um 10 verringert.

Die Polizei nimmt im allgemeinen eine vernünftige Haltung ein. Nur in Seidelberg und Pforzheim sieht es aus, als wenn die Beamten in — Berlin ausgebildet wären.

Die bürgerliche Presse stellt sich ohne Ausnahme auf Seiten der Arbeitgeber. Von dort kommende Nachrichten werden ohne Ausnahme aufgenommen, selbst wenn der Schwindel handgreiflich ist. Uns dagegen verweist man auf den Inseratenteil oder verweigert überhaupt die Aufnahme. Trotz alledem sind unsere Kollegen an allen Orten guten Mutes und haben ihre Freude an der Hilfslosigkeit der Arbeitgeber und dem „Schneid“ der Oberstrategen Dr. Reiner u. Co.

In Alkenessen dauert der Streit bei der Firma Schmeck u. Diepenbrack weiter. Die Firma hat sich noch nicht dazu verstehen können, den für den Ort zum Abschluß gekommenen Tarif anzuerkennen. Die im Betrieb beschäftigten Streikbrecher suchen weitere Arbeitswillige heranzuziehen; es sei deshalb dringend gemarnt, diesen Lockungen zu folgen. Der Betrieb ist vielmehr nach wie vor strengstens zu meiden.

In Berlin dauert der Streit der Stellmacher in der Karosserie- und Wagenfabrik von Erdmann u. Hoff unverändert fort. In der letzten Branchenversammlung wurde mitgeteilt, daß in dem Betrieb fast täglich Überstunden gemacht werden müßten, oft bis 11 und 12 Uhr nachts. Diese Überstunden waren bisher mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt worden. Jetzt teilte nun Herr Erdmann plötzlich mit, daß er dem Arbeitgeberverband beigetreten sei und daß dieser beschließen habe, die Überstunden nicht mehr zu bezahlen; auch die Akkordlöhne sollen reduziert werden. Einer Kommission, die bei ihm vorstellig wurde, erwiderte Herr Erdmann, daß er bereit sei, am Wochenfluß ein Trinkgeld zu zahlen, aber den Zuschlag wolle er nicht weiter gewähren. Daraufhin wurde die Arbeitseinstellung beschlossen. Von den 21 im Betrieb beschäftigten Kollegen stellten 19 die Arbeit ein. Darunter waren nur 8 Organisierte, die übrigen 13 ließen sich aber sofort aufnehmen. Nur bei den beiden Stengebliebenen haben sich noch 4 weitere Streikbrecher gefunden, denen die Firma Schlafstellen in der Fabrik einräumt. — Es wird gebeten, den Bezug fernzuhalten.

In Hamborn haben die Kollegen die Kündigung eingereicht. Sie fordern die Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von sofort 3 Pf., am 1. April 1910 2 Pf. und am 1. April 1911 abermals 2 Pf. Diese Forderungen entsprechen demjenigen, was die Arbeitgeber im übrigen Industriegebiet unseren Kollegen zugestanden haben. Eine stattgefunden Verhandlung hatte ein negatives Resultat. Die Arbeitgeber wollten für die dreijährige Vertragsdauer eine Stunde Arbeitszeitverkürzung bewilligen und sofort 1 Pf. und die beiden folgenden Jahre auch noch je einen ganzen Pfennig. Sie sprachen aus, daß Hamborn ganz abgelegen ist und deshalb die Verhältnisse in den übrigen Orten gar nicht in Betracht gezogen werden können. Tatsache ist aber, daß in Hamborn alles bedeutend teurer ist wie in den umliegenden Orten. Die Kollegen haben die geringen Zugeständnisse als Herausforderung betrachtet und deshalb die Kündigung eingereicht. Diese läuft am 2. bzw. am 9. Oktober ab. Die Kollegen im übrigen Deutschland werden der Meinung der Arbeitgeber, daß Hamborn sehr abgelegen ist, volles Verständnis entgegenbringen und ihre Schritte nicht auf abgelegene Wege lenken. Bezug ist streng fernzuhalten.

In Leutlich sind bei der Firma Manal Differenzen ausgebrochen, weil der Unternehmer an Stelle der seitherigen Lohnarbeit Akkord einführen wollte. Der Herr will sich anscheinend an den Arbeitern schadlos halten für die niedrigen Angebote, die er bei Submissionen abgibt, wofür ihm seine Kollegen von der Innung ganz besonders dankbar sind. Es paßt ihm auch nicht mehr, mit den seitherigen Arbeitern weiter zu arbeiten, die sich gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wehren. Sie sind

ihm schon zulange im Betrieb und er will einen neuen Boden legen. Unsere Kollegen sind sämtlich abgereist und Herr Manal sucht Ersatz durch die Arbeitsämter und durch Inszenen im "Schwarzwälder Boten". Es wird gebeten, den Zugang von Schreimern und Masern fernzuhalten.

In Meise ist, wie bereits berichtet, die Aussperrung nach siebenwöchiger Dauer aufgehoben worden. Nachdem zu den 30 Stehengebliebenen sich noch 6 Streikbrecher von auswärts und 5 aus den eigenen Reihen gefunden hatten, hielten es die Kollegen für geboten, die von den Arbeitgebern angebotenen minimalen Zugeständnisse anzunehmen. Erreicht wurde nur eine Lohnerhöhung ab 17. Februar 1910 um 1 Pf. pro Stunde und vom 17. Februar 1911 ab um einen weiteren Pfennig. Am 12. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Vertrag läuft bis zum 17. Februar 1912. Eine recht traurige Rolle spielte vor und während der Bewegung ein großer Teil der christlich organisierten Kollegen. 21, fast die Hälfte der in Betracht kommenden Christlichen, wurden sofort zu Streikbrechern. Während einer nach am Verhandlungstage umfiel, hat der Rest wieder bis zu Ende mitgekämpft. Zu den Streikbrechern gehört auch der Vorsitzende und Kassierer des katholischen Arbeitervereins, sowie der frühere Vorsitzende des christlichen Verbandes, Mitglieder des katholischen Arbeitervereins verlassen sogar ihre Arbeitsplätze um als Streikbrecher die Plätze ihrer katholischen Vereinskollegen zu besetzen, so daß diese noch heute auf der Straße liegen. Die Streikbrecher wurden von ihnen in Logis genommen und von und zur Arbeitsstelle geführt, damit sie ja nicht mit den Streikenden in Verbindung kommen sollten. Man kann sagen, der katholische Arbeiterverein, aus dessen Reihen die christlichen Gewerkschaften hervorgeht, hat in puncto Streikbruch und Handlangerdienstleistungen, großartiges geleistet. Dieselben Personen, die an der Spitze der Meiser christlichen Arbeiterbewegung stehen und den Mund nicht voll genug nehmen konnten, wenn es galt, die freien Gewerkschaften und speziell den Holzarbeiterverband zu bekämpfen und zu verkleinern, haben ihre eigenen christlichen Kollegen verraten und verkauft und zum Teil um ihre Arbeit gebracht. Ein 18jähriger Kollege, der sofort nach Beendigung seiner Lehrzeit unserem Verband beigetreten war, wurde von seinen beiden Vormündern, Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins, aus dem Verband abgemeldet. Sie mißbrauchten ihre Gewalt, indem sie ihn nicht abreißen ließen, und der Ehepartner des Kollegen, ein Mitglied des christlichen Bauhandwerkerverbandes, zwang ihn geradezu zum Streikbruch. Von unseren Kollegen sind von 53 in Betracht kommenden drei zum Streikbrecher geworden, darunter der Gründer des Tischlerverbandes im Jahre 1890, Julius Snyast. Er behauptet, krank zu sein und ohne Arbeit nicht leben zu können. Herr vergib ihm, er weiß nicht was er tut! Von den Hirschen wurden von 6 Kollegen zwei zum Streikbrecher. An unseren Kollegen, die sich während der Aussperrung tapfer benommen haben, wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß unsere Zahlstelle, die infolge Abreise auf die Hälfte zurückgegangen ist, bald wieder die frühere Höhe und weit darüber hinaus erreicht. Gerade an dieser Bewegung können wir lernen, wie notwendig eine einheitliche Organisation ist. Drum auf Kollegen, zu neuer Agitation, damit wir die Scharte das nächstmal wieder ausweihen.

In Pfarrkirchen ist die volle 11 Wochen dauernde Aussperrung nunmehr durch einen Vertrag, der bis zum 1. Mai 1912 währt, erfolgreich beendet worden. Die hauptsächlichsten Ergründungen sind die 56 stündige Arbeitszeit und Mindestlöhne von 33 Pf. die Stunde, Zuschläge für Ueberstunden, Garantie des Taglohnes im Afford. Im übrigen schließt sich der Vertrag den hier allgemein üblichen Tarifformen an.

In Rathenow dauert der Streik der Holzarbeiter nun schon bereits in die 14. Woche. Verhandlungen haben bis jetzt immer noch nicht stattgefunden. Mit allen möglichen Mitteln versuchen die Arbeitgeber die Streikenden herauszu ziehen. Insbesondere werden in Brandenburg auf dem städtischen Arbeitsnachweis Tischler nach Rathenow gesucht; auch versuchen die Meister von den umliegenden Dörfern nützliche Elemente heranzuziehen. Erfreulicherweise haben diese Versuche bis jetzt wenig Erfolg gehabt. Die streikenden Kollegen sind guten Muts und hoffen als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen, wenn nur der Zugang wie bis jetzt ferngehalten wird.

In Schoonenhausen ist der Streik bei Wimmer nach sechswochentlicher Dauer zugunsten der Gehilfen beigelegt worden und demzufolge auch die Sperre aufgehoben.

In Sensburg ist der Kampf nach 28wochentlicher Dauer beendet worden. Mit Hilfe einer größeren Zahl Streikbrecher ist es den Meistern gelungen, für dieses Mal als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Ob sie sich dieses Sieges freuen werden, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Bei diesem Kampf zeigte es sich wieder, in welcher dreister Weise die Arbeitgeber hier im Osten die gesetzlichen Bestimmungen ignorieren. In den meisten Invalidentarten waren unzulässige Bemerkungen gemacht, obwohl die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen auf der Rückseite der Invalidentarten abgedruckt sind. Aber auch die hiesige Behörde scheint über die einschlägigen Gesetzesbestimmungen nur sehr unvollkommen orientiert zu sein; weigerte man sich doch, dem Verlangen der Kollegen, die Einziehung der mit unzulässigen Bemerkungen versehenen Karten zu erfüllen. Auf die Neuerung eines Kollegen, daß der durch einen derartigen Vermerk gekennzeichnete in seinem Fortkommen behindert sei, erklärte der antretende Sekretär, dazu haben die Meister das Recht. Erst durch das energische Eingreifen des Gauvorsitzers konnten nach längerer Auseinandersetzung mit dem Bürgermeister die Kollegen zu ihrem Recht gelangen. An dieser Stelle wollen wir aber auch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt auf die Vorgänge in Sensburg aufmerksam machen, eine Prüfung der Invalidentarten in der Weise vorzunehmen, ob die Beitragsmarken, die mit unzulässigen Bemerkungen versehen waren, aus den Invalidentarten entfernt worden sind, wie es seitens des erwähnten Sekretärs beabsichtigt war. Dies ist ein Verfahren, das unserer Meinung nach ebenso unzulässig ist wie das der Arbeitgeber.

In Wetter a. d. Ruhr haben die Kollegen, dank ihrer Zugehörigkeit zum Verband, einen anerkenntswerten Erfolg erzielt. Sie erreichten auf dem Wege der mündlichen Verhandlungen ohne Arbeitsinstellung durchweg eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 Pf. pro Stunde, außerdem an Stelle der bisher üblichen 10stündigen die täglich 9 1/2 stündige Arbeitszeit. Wenn es diesmal auch noch nicht zu einem einheitlichen Vertragsabschluß gekommen ist, so sind nunmehr die Wege dazu geebnet. Aufgabe der Kollegen muß es sein, das Erreichte auch hochzuhalten und der Organisation die Treue zu bewahren.

Aus der Holzindustrie.

Die Organisation der Holzarbeiter in Rußland.

Die neueste Nummer des „Bulletin der internationalen Union der Holzarbeiter“ enthält einige interessante Berichte über die Lage der Holzarbeiter und ihre Organisationsverhältnisse in verschiedenen Ländern. Nachstehend bringen wir den Bericht aus Rußland zur Kenntnis unserer Leser:

Während der russischen Revolution des Jahres 1905 traten in Rußland-Polen auch die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, die bis dahin im geheimen ein bescheidenes Dasein fristeten, in die Öffentlichkeit heraus. Es waren dies Gebilde halb politischer, halb gewerkschaftlicher Tendenz. In politischer Hinsicht teilten sie sich in Anhänger der P. R. S. (Polnisch-sozialistische Partei) und solche der S. D. P. L. (Sozialdemokratie Polens und Litauens). Die Parteien erhoben Ansprüche auf sich und Stimme im Vorstande und Bezeichnung der Gewerkschaft nach ihrer Richtung. In gewerkschaftlicher Hinsicht war das Betätigungsfeld nur auf den Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch plötzliche ausbrechende Streiks beschränkt. Die hierfür nötigen Geldmittel waren sehr minimal, oft fehlten sie vollständig.

Die nachfolgende Reaktion und der Sieg der Bureaucratie brachten jedoch diesen gewerkschaftlichen Gebilden bald ein schnelles Ende. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine ungeheure Apathie und Interesslosigkeit. Den Versuch einer Anpassung an die gegebenen Verhältnisse und des Ausbaues der gewerkschaftlichen Organisation unternahmen nur einige wenige Gruppen, unter ihnen auch die Holzarbeiter.

Am 2. Juli 1907 erlangte der „Verband der Arbeiter in der Holzindustrie für das Königreich Polen“ die Legalisierung des Statuts und begann nunmehr seiner schwierigen Aufgabe nachzukommen. Was für einen umfangreichen Wirkungsbereich sich der Verband zum Ziel gesetzt hat, ersehen wir aus den §§ 3 und 4 des behördlich genehmigten Statuts:

§ 3. Der Verband bezweckt den Schutz materieller, moralischer und rechtlicher Interessen der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter und erstrebt die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen seiner Mitglieder: insbesondere: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Förderung der Arbeitshygiene, Hebung des Bewußtseins, des Gefühls der Selbstwürde und Solidarität, Verbreitung der Aufklärung, Hebung des moralischen und geistigen Niveaus und Darbietung materieller und moralischer Hilfe an seine Mitglieder.

- § 4. Diese Ziele erreicht der Verband durch:
- a) Vermittlung von Arbeit an seine Mitglieder;
 - b) Gewährung von rechtlicher und ärztlicher Hilfe an die Mitglieder in Berufsangelegenheiten;
 - c) Gewährung von Unterstützungen an diejenigen Mitglieder, welche infolge wirtschaftlicher Krisen, Arbeitsmangel, Krankheit usw. arbeitslos geworden sind;
 - d) Gewährung von Unterstützungen an Mitglieder, welche, um Arbeit zu suchen, auf die Reise gehen;
 - e) Gewährung von Unterstützungen an in Not geratene Angehörige von Mitgliedern;
 - f) Vermittlung bei Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und bei Abschluß von Kollektivverträgen;
 - g) Errichtung von Kranken-, Begräbnis-, Darlehns- und Pensionskassen nach Maßgabe spezieller, durch die Generalversammlung des Verbandes bestätigter Reglements;
 - h) Verbreitung der Berufs- und Allgemeinbildung mit Hilfe von Vorträgen, Besprechungen, Vorlesungen, Gründung von Bibliotheken und Lesezimmer für Mitglieder und deren Angehörige;
 - i) Herausgabe von Broschüren und Zeitschriften für Berufsangelegenheiten und allgemeine Bildung, sowie Unterstützung solcher Druckschriften;
 - k) Aufstellung und Veröffentlichung von statistischen Angaben über die Arbeitsbedingungen und Lage der Holzarbeiter;
 - l) Einberufung von Tagungen, Konferenzen und Versammlungen zwecks gemeinsamer Erörterung von allgemeinen und Berufsangelegenheiten;
 - m) Veranstaltung von Ausflügen zwecks Besuches gewerblicher Anlagen, Ausstellungen, Museen usw. im In- und Auslande;
 - n) Errichtung von Zweigvereinen des Verbandes in allen Ortschaften des Königreichs Polen;
 - o) Mietung geeigneter Lokale, Erwerb und Besitz von beweglichen und unbeweglichen Sachen nach Maßgabe des geltenden Rechts, Abschluß gesetzlich zulässiger Verträge aller Art, sowie Wahrung seiner Interessen durch bevollmächtigte Vertreter.
- Trotz dieses umfangreichen Programms ist es dem Verbande nicht gelungen, eine größere Anzahl von Mitgliedern um sich zu sammeln, im Gegenteil, schon im zweiten Jahre seines Bestehens ist ein kolossaler Rückgang zu verzeichnen gewesen.
- Der vor uns liegende Bericht über den zweiten Verbandstag (7. und 8. Dezember 1908) befaßt hierüber folgendes:
- Die Ursachen dieser Erscheinung sind zweierlei Natur: einerseits die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, andererseits die Apathie der Massen. Unzweifelhaft, daß der Stillstand der Industrie und die große Zahl der Arbeitslosen die Entwicklung des Verbandes ungünstig beeinflussen, doch dieses wäre noch nicht die wesentlichste Ursache der massenhaften Flucht der Mit-

glieder, vielmehr die politischen Repressalien. Ein Bild solcher Repressalien veranschaulichen am grellsten die Verhältnisse der Filiale Raminet, wo von 237 Mitgliedern zu Anfang des Jahres nur noch 10 Mann am Schluß des Jahres auf freiem Fuße waren. Ähnliche Verhältnisse herrschen im ganzen Lande; die terrorisierten Massen wurden apathisch und sind jeder Organisation abgeneigt, hierin liegt die zweite Ursache des Niederganges des Verbandes.

Den Rückgang zeigen folgende Zahlen der auf den Verbandstagen vertretenen, den vollen Beitrag zahlenden Mitglieder:

	1. Verbandstag	2. Verbandstag
Warschau	484	262
Lodz	160	89
Neu Radomsk	180	18
Tschenstochau	20	29
Zhyardow	68	28
Raviera	98	26
Dialogonie	—	9

Auf dem zweiten Verbandstage waren anwesend 14 Delegierte als Vertreter von 9 Filialen mit 422 Mitgliedern. Der Verband zählt 11 Filialen, von denen zwei erst in letzter Zeit neu entstanden sind.

An Einnahmen hatte der Verband 3823 Rubel, an Ausgaben 2942 Rubel. Am Schluß des Jahres war also ein Ueberschuß von 881 Rubel, der zusammen mit dem Ueberschuß des Jahres 1907 von 455 Rubel ein Vermögen des Verbandes im Betrage von 1336 Rubel darstellt.

Die einzelnen Posten der Ausgaben sind folgende: Untersuchungen 911, persönliche und sachliche Ausgaben der Organisation 520, Gehalt des Verbandsfunktionärs 490, Miete 409, Agitation usw. 387, Bildung (Abonnement usw.) 192, Darlehen 60, Rechtsschutz 80 Rubel.

Der Verband hat eine große Zahl von Lohnstreitigkeiten erledigt. Die letzteren beschränkten sich indessen nur auf die Abwehr von Verschlechterungen der in den Vorjahren erreichten Vorteile. Angriffstreits waren angesichts der schwierigen Lage und des behördlichen Terrorismus nicht möglich.

Die durch den ersten Verbandstag beschlossene Errichtung einer Krankenkasse ist soweit gediehen, daß bereits das Statut der Behörde eingereicht worden ist; die Bestätigung des Statuts steht noch aus.

Betreffs des Rechtsschutzes hat der Verband mit einigen namhaften Rechtsanwälten Verträge abgeschlossen, die zur Erteilung von Rechtsauskünften an die Mitglieder berechtigt sind. Im Jahre 1908 wurden die Rechtsanwälte in 92 Fällen in Anspruch genommen.

Der Arbeitsnachweis vermittelte in 96 Fällen Arbeitsgelegenheit.

Den Bildungsbestrebungen der Mitglieder wurde insofern Rechnung getragen, als der Vorstand sich mit einigen Institutionen verständigt und für seine Mitglieder die freie Teilnahme an den Vorlesungen, Vorträgen und den freien Gebrauch der Lesezimmer erwirkt hat. Der Antrag auf Genehmigung einer eigenen Bibliothek und eines eigenen Lesezimmers wurde von der Regierung abschlägig beschieden.

Der Verbandstag hat die Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans beschlossen. Es soll vorläufig alle 14 Tage erscheinen.

Zu erwähnen ist noch, daß neben dieser freien Gewerkschaft der Holzarbeiter noch eine christliche und eine polnisch-nationale besteht. Ihre Mitgliederzahlen sind unbedeutend und stehen hinter der freien Gewerkschaft zurück. Diese „Christen“ und Nationalisten sind die getreuen Nachbildungen ihrer Gesinnungsbrüder in Deutschland, nur sind sie mehr gelb, deshalb auch erfreuen sie sich in hohem Maße der Protektion des Unternehmertums.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach den Berichten des „Arbeitsnachweises“ machte sich im Monat August eine allmähliche Aufwärtsbewegung der Beschäftigungssituation bemerkbar, wenn auch die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Industrien und in den verschiedenen Teilen Deutschlands nicht gleichartig war. Die günstige Lage im Baugewerbe bewirkte, daß auch in den dem Baugewerbe zuzurechnenden Zweigen der Holzindustrie der Geschäftsgang vorwiegend günstig war. Eine Verbesserung der Lage wird aus der Holzfabrikation gemeldet, bezugnehmend auch aus der Jalousiefabrikation. Unbefriedigend war der Geschäftsgang in der Maschinenfabrikation, teilweise ist sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat eingetreten. Dagegen hat sich in der Berliner Möbelindustrie eine leichte Besserung geltend gemacht. Die Sonneberger Spielwarenindustrie war im Berichtsmonat lebhaft beschäftigt, ebenso die Nürnberger Industrie, die eine Verbesserung gegenüber dem Vormonat aufweist. Im Eisenbahnbau war der Geschäftsgang zum größten Teil noch schwächer als im Vorjahr. Fast überall wurde über mehr oder weniger starkes Ueberangebot von Arbeitskräften berichtet. Die Automobilindustrie war, wie im Vormonat, überwiegend gut beschäftigt. Die Nachfrage nach kleineren Wagen trat immer mehr hervor, während schwere Wagen, vor allem Luxuswagen, weniger leicht Absatz fanden.

Streikbrecher gesucht? Die „Eiche“, das Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter nimmt in ihrer Nummer 39 Notiz von einem Beschluß des Verbandes der Schreinermeister und der Landesorganisation habscher Schreinerinnungen, wonach bis zur Erledigung des Streiks in Mannheim-Budwigshafen und Heidelberg sämtliche Tischler in den Städten Südb- und Westdeutschlands ausgesperrt werden sollen, und daß mit der Aussperrung in Frankfurt a. M. bereits begonnen sei.

In derselben Nummer findet sich aber auch ein auffälliges Inserat, durch welches neben Wagnern für Autohau und Wagenbau auch Schreiner auf Bau und Möbel für Südb- und Westdeutschland gesucht werden. Bewerber (Gewerksvereiner) sollen sich an das Sekretariat der Gewerksvereine in Frankfurt a. M. wenden. — Dieses Inserat ist zum mindesten sehr auffällig. — Es ist fast in der Arbeiterbewegung nicht üblich, für ein Gebiet, in welchem eine Aussperrung bevorsteht oder gar schon begonnen hat, Arbeiter heranzuholen. Man sucht im Gegen-

teil zu solchen Zeiten den Zuzug nach Möglichkeit fernzuhalten. Ob es sich hier um einen Versuch handelt, die Plätze der streikenden und ausgesperrten Kollegen mit kirchlich-dünkelhaften Streifbrochern zu besetzen, läßt sich nicht ohne weiteres beurteilen. Der Verdacht ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Im Interesse der Gewerksvereine würde es liegen, wenn sie der Öffentlichkeit über diese Dinge klaren Wein einschenken und solche zweideutigen Inserate aus ihrem Vereinsorgan fernhalten würden.

Die gerechte Sache muß siegen. (Eine wahre Begebenheit.) Am 1. gl. Bezirksamt einer südbayerischen Stadt fanden vor kurzem Einigungsverhandlungen statt bezugs Weilegung der bereits 11 Wochen dauernden Schreiner- aussperrung. Volle zwei Stunden wogte schon das Wortgefecht herüber und hinüber und zum Schluß drohte über den noch übrig gebliebenen letzten Streitpunkt, der Festsetzung des Mindestlohnes, die ganze Einigung zu scheitern. Die Meister wollten nicht mehr als 37 Pf. die Stunde geben, während der Gehilfenvertreter kategorisch erklärte, 38 Pf. oder alles scheitert.

Der Herr Assessor war schon müttend ob solcher Starrköpfigkeit auf beiden Seiten, da kam ihn ein rettender Gedanke. Die Meister hatten doch stets erklärt, sie vertreten eine gerechte Sache, die Gehilfen seien im Unrecht und handeln unverantwortlich vor Gott und den Menschen. Was lag näher, als eine höhere Macht anzurufen, um ein gerechtes Urteil zu fällen: Das Los sollte entschieden! Die Meister triumphierten schon, zumal der Gehilfenvertreter im Gefühl seines Unrechtes Einwände gegen diese Art der Entscheidung erhob. Zu spät! Ein Streikender hatte bereits das Los aus des Meisters Gut gezogen und — zum Schrecken der Meister verkündete der Assessor, der Mindestlohn muß 38 Pf. die Stunde betragen. Die gerechte Sache hatte gesiegt und die Gehilfen waren nun auch mit dem Resultat einverstanden. Brummend meinte ein alter Meister beim Unterschriften des Vertrages: „Dös is aba do foa Gerechtigkeit nima.“

Die Sächsischen Waggonfabrik Aktien-Gesellschaft in Werdau sieht auf ein gutes Geschäftsjahr zurück. Der Umsatz betrug rund 3 1/2 Millionen Mark. Nach 123 020 Mk. Abschreibungen (148 617 Mk. im Vorjahr), sowie unter Berücksichtigung der vertraglichen Lantienem ergibt sich ein Reingewinn von 898 908 Mk. (836 596 Mk.). Derselbe soll folgendermaßen verwendet werden: Gesellige Rücklagen 24 018 Mk. (20 486 Mk.), Beitrag zu den Sonderrücklagen 30 000 Mk. (wie im Vorjahr), 15 Prozent Dividende gleich 225 000 Mk. (wie im Vorjahr), an die Arbeiter-Unterstützungskasse 20 000 Mk. (14 000 Mk.), Gründung einer Beamten-Pensionskasse 40 000 Mk., Vortrag 59 890 Mk. (47 110 Mk.). Für das gegenwärtige Geschäftsjahr liegen größere Bestellungen insbesondere von den königlich sächsischen Staatseisenbahnen vor.

Die Hannoverische Waggonfabrik, Aktiengesellschaft, die für die beiden letzten Jahre eine Dividende von je 10 Proz. zur Ausschüttung brachte, wird voraussichtlich auch für das am 30. September ablaufende Geschäftsjahr 1908/09 zehn Prozent verteilen können. Das Unternehmen ist augenblicklich in allen Abteilungen gut beschäftigt und noch für längere Zeit mit Aufträgen versehen.

Gewerkschaftliches.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe im Krisenjahre 1908.

Der wirtschaftliche Niedergang hat dem Jahre 1908 seinen Stempel aufgedrückt und natürlich auch alle Lebensäußerungen der Gewerkschaften beeinflusst. Das enorme Anschwellen der industriellen Reservearmee barg stets die Gefahr einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in sich. Die Geschäftsklauheit auf dem Warenmarkt verschärft aber den Konkurrenzkampf der Unternehmer. Dieser wiederum will seinen eigenen Nutzen nicht leiden lassen, sucht vielmehr die Herstellungskosten seiner Waren zu verbilligen. Der Preis des Rohmaterials läßt nicht oder nur wenig nach, da wird am Arbeitslohn zu sparen versucht. Lohnkürzung, größere Antreiberei, teilweise auch eine Verlängerung der Arbeitszeit sollen dazu als Mittel dienen. Daher wird in Krisenjahren stets ein großer Teil der Stoßkraft unserer Gewerkschaften lediglich auf die Erhaltung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbraucht werden, während das Streben auf deren Verbesserung mehr zurückstehen muß. Wenn es den Gewerkschaften trotz dem Umfang, den das Heer der Arbeitslosen angenommen hat, noch vielfach möglich war, solche Verbesserungen zu erreichen, so gibt dies den besten Beweis ihrer Stärke und Schlagfertigkeit.

Unter diesem Eindruck steht denn auch der nunmehr vorliegende Bericht der Generalkommission über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908. Danach ist die Zahl sämtlicher Lohnbewegungen gegen das ebenfalls schon von der Kreise erfasste Jahr 1907 noch um 27,5 Prozent zurückgegangen, nämlich von 8053 auf 5837 im Jahre 1908. Noch schärfer drückt sich dieser Rückgang bei dem Umfang der Bewegungen aus. Während 1907 noch 56 272 Betriebe mit 1 118 233 Beschäftigten an Lohnbewegungen beteiligt waren, wird für 1908 nur über 49 117 Betriebe mit 742 704 Beschäftigte berichtet.

Trotz der Ungunst der Wirtschaftslage hat die friedliche Weilegung der Arbeitsstreitigkeiten wiederum Fortschritte gemacht. Von allen Lohnbewegungen konnten 8607 oder 63,7 (1907 61,8) Prozent ohne Arbeitsniederlegung erledigt werden und waren hieran allein 449 434 Personen beteiligt, das sind über dreiviertel aller an Lohnbewegungen Beteiligten.

In 2230 Fällen führten die Differenzen zur Arbeitsniederlegung. Die Streiks und Aussperrungen umfaßten insgesamt 126 888 Personen, während 1907 noch 281 030 Personen an solchen beteiligt waren, das Jahr 1908 sogar 507 064 Ausständige zählte. Diese auffallende Verücklich-

gung der allgemeinen Geschäftslage beweist aber wieder, daß die Gewerkschaften keineswegs leichtfertig an die Inszenerierung von Arbeitskämpfen herangehen, wie es ihnen so gern von den Gegnern vorgeworfen wird.

Die Zahl der Angriffsstreiks mit 678 (gegen 1635 im Jahre 1907) war 1908 im Vergleich zu den Vorjahren natürlich eine recht minimale, lagen doch die Chancen zu einem erfolgreichen Vorgehen äußerst ungünstig. Beteiligt waren an diesen Streiks zusammen 312 Streiks mit 10 843 Beteiligten, teilweisen Erfolg 175 mit 9813 Beteiligten, 166 Streiks gingen vollständig verloren, während von den restlichen 25 der Ausgang nicht bekannt ist. An der Durchführung der Angriffsstreiks waren 46 Verbände beteiligt, die hierfür 1 081 799 Mk. aufwandten.

In entgegengesetzter Richtung haben sich die Abwehrstreiks entwickelt. Ihre Zahl ist von 834 im Jahre 1907 auf 1117 mit 36 120 Beteiligten gestiegen. Von diesen Streiks sind 525 mit 16 185 Beteiligten erfolgreich, 139 mit 6808 Beteiligten teilweise erfolgreich und 410 mit 11 822 Beteiligten ohne Erfolg beendet worden, während 43 Streiks mit 1307 Beteiligten solche waren, die am Jahreschluß noch fort dauerten oder über deren Ausgang nicht berichtet wurde. Trotzdem Arbeitskräfte im Ueberfluß zu haben waren, mußte in 37 Fällen zum Streik gegriffen werden, um eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren, was aber nur in 18 Fällen ganz und in vier Fällen teilweise gelang. In 573 Fällen, d. i. mehr als die Hälfte von allen Lohnbewegungen, war Lohnkürzung die Ursache des Streiks. In 333 Fällen gelang es für 9455 Personen eine solche von insgesamt 20 906 Mk. pro Woche abzuwehren. Diese Streikenden haben also durch ihre Organisationszugehörigkeit verhindert, daß ihre Lebenshaltung um durchschnittlich 115 Mk. pro Jahr herabgedrückt wurde. Die Kosten der Abwehrstreiks, die sich auf 46 Verbände verteilen, betrugen 1 571 565 Mk.

Die Aussperrungen sind von 323 mit 104 738 Beteiligten auf 257 mit 60 576 Beteiligten im Jahre zurückgegangen, was sich ja aus der allgemeinen geringeren Lohnbewegung ohne weiteres erklärt. Von obigen waren allein 26 Aussperrungen mit 6278 Personen eine Folge der Mai-feier. In diesen Zahlen ist allerdings unser Verband allein mit 5608 Aussperrten enthalten und könnte es scheinen, als ob nur die Holzindustriellen besonders aussperrungslüster wären. Doch dürfte die geringe Gesamtzahl mehr an mangelhafter Berichterstattung liegen. Die großen Verbände der Bauhandwerker fehlen vollständig, die Metallarbeiter mit 5980 Maiaussperrten sind nicht mit aufgenommen, weil nähere Angaben fehlten. Da bei den Aussperrungen die Unternehmer das Kampffeld bestimmen, sind die Ergebnisse natürlich für die Arbeiter weniger günstig als bei den Streiks. Für die Arbeiter erfolgreich endeten nur 54 Aussperrungen mit 4928 Beteiligten, teilweise erfolgreich 84 mit 29 241 Beteiligten. Betroffen von den Aussperrungen wurden 35 Gewerkschaften, die hierfür 1 823 675 Mk. Ausgaben hatten.

Die der Generalkommission angeführten 60 Gewerkschaften waren mit Ausnahme der Verbände der Bureauangestellten, Friseur, Hotelbedienten, Notenstecher und Zivilmusiker sämtlich an Lohnbewegungen beteiligt. Einschließlich der ohne Arbeitsniederlegung verlaufenen Bewegungen sind insgesamt 4 624 325 Mk. dafür verausgabt.

Wenn man diesen Kosten gegenüber die Erfolge betrachtet und dabei den Tiefstand der Konjunktur im Auge behält, so wird die Bilanz gegenüber den im vorstehenden erwähnten ab. Durch alle Lohnbewegungen zusammen genommen wurde erreicht:

- Arbeitszeitverkürzung für 59 324 Personen zusammen 183 751 Stunden pro Woche; dazu:
- Lohnerhöhung für 236 641 Personen im Gesamtbetrage von 365 923 Mk. pro Woche;
- Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, wie Aufschläge für Ueberstunden, Lohnsicherung bei Afford, Abschaffung von Kost und Logis und dergl. für 175 687 Personen.

Außerdem sind aber viele der angebrohten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen worden. So wurde abgewehrt:

- Verlängerung der Arbeitszeit für 2877 Personen zusammen 11 241 Stunden pro Woche;
- Lohnkürzung für 23 552 Personen um zusammen 52 278 Mk. pro Woche.

Außerdem sind bei 1860 Lohnbewegungen korporative Arbeitsverträge für 282 958 Personen abgeschlossen worden.

Es ist also den Anstrengungen der Gewerkschaften nicht nur gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse trotz eines Heeres von Arbeitslosen in den meisten Fällen gegenüber den Verschlechterungsversuchen der Unternehmer zu erhalten, sondern obendrein noch eine Reihe wesentlicher Verbesserungen zu erreichen. Rund 60 000 Personen allein werden künftig wöchentlich 3 Stunden mehr freie Zeit haben, um sich, der Familie und der Allgemeinheit zu leben. Tausende haben ihre Löhne erhöht oder durch Abwehrkämpfe und nicht zu vergessen, dank der vorsorgenden Wirkung der Arbeitslosenunterstützung, auf der alten Höhe erhalten. Wer wollte da noch bestreiten, daß die Gewerkschaften eine wichtige Kulturarbeit verrichten? Gerade in den Zeiten der Wirtschaftskrisen erweisen sich die Gewerkschaften als der beste Hort der Arbeiter.

Der Generalstreik in Schweden. Der Kampf gegen die im Arbeitgeberverband organisierten Unternehmer dauert noch fort, doch laufen die Nachrichten in der letzten

Woche spärlicher ein. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die schwebenden Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden. Die Differenzen mit den außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Unternehmern sind größtenteils beigelegt und die günstigen Resultate, die für die Arbeiter erzielt wurden, beweisen, daß die Position der Streikenden trotz der langen Dauer des Kampfes keineswegs geschwächt ist. Gegenwärtig dürfte die Zahl der Ausständigen noch etwa 125 000 betragen. Da natürlich mit der Dauer des Streiks das Unterstützungsbedürfnis wächst, ist es unbedingt erforderlich, die Sammlungen fortzusetzen.

Terrorismus in katholischen Arbeitervereinen. Am 4. August wurde in einer Versammlung christlicher Arbeitervereine in München durch den Referenten Reichstagsabgeordneten Dr. Schädler die Parole ausgegeben: Katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaft, das heißt nichts anderes, als daß erstere noch mehr wie bisher die Zuträger machen für die christlichen Gewerkschaften. Daß solche Hinweise auch prompt befolgt werden, bezeugt das Vorgehen des katholischen Arbeitervereinsvorstandes in Feldafing am Starnberger See. Auf Betreiben des Herrn Pfarrers wurden dort 9 Mitglieder (3 Schreiner, 6 Maurer) aufgefordert, binnen 3 Monaten aus der freien Gewerkschaft auszutreten, widrigenfalls sie aller Rechte auf die Kranken- und Sterbeunterstützungskasse genannten Vereins, die sie sich infolge 10jähriger Mitgliedschaft erworben, verlustig gehen. Dieses brutale Vorgehen hat jedoch noch eine andere Seite. Im vorigen Jahre erreichte nämlich unser Verband einen günstigen Tarif, der aber infolge des Verhaltens von Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins noch nicht durchgeführt werden konnte. Unmählich sahen die Leute nun ein, daß es so nicht mehr weiter gehen könne und ein Teil schloß sich dem Verbands an, um so die Verbesserungen durchzuführen zu können. Daher Terrorismus zum Schaden der Arbeiter und Vorteil des Unternehmers. Doch eine Hand wäscht auch hier die andere, aus Dankbarkeit werden dann christliche Arbeitersekretäre, anstatt den Tarif durchzuführen zu helfen, den katholischen Arbeitern den Raubzug des Zentrums beschönigen. Denkende Arbeiter lassen sich jedoch nicht irre machen, sondern verzichten auf den katholischen Arbeiterverein, weil die freien Gewerkschaften einzig und allein tatkräftig die Arbeiterinteressen wahrnehmen.

Im Baugewerbe dürfte das kommende Frühjahr schwere Kämpfe bringen. Am 31. März 1910 laufen die mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe abgeschlossenen Verträge ab, und es hat den Anschein, als beabsichtigen die Unternehmer, erhebliche Verschlechterungen zur Durchführung zu bringen. Bei den Verhandlungen, die im Jahre 1908 zwischen den Organisationen geführt wurden und die zu einer Verständigung über ein Vertragsmuster führten, spielte die in der Vorlage der Unternehmer enthaltene Bestimmung eine große Rolle, daß der Tariflohn nur für „tüchtige“ Gesellen gelten soll. Die Unternehmer haben schließlich dem Verlangen, das Wort „tüchtig“ zu streichen, zugestimmt und sich auch mit der Abschwächung des von ihnen vorgeschlagenen Paragrafen betreffend Agitation auf der Baustelle einverstanden erklärt. Es scheint jedoch, daß dieses Entgegenkommen einem Teil der Unternehmer zu weit gegangen ist. Der „Grundstein“, das Organ des Maurerverbandes, ist in der Lage, das Protokoll der am 25. April d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Landesverbandes Württemberg des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abzuzeichnen, aus welchem hervorgeht, daß der Landesverband dem Arbeitgeberbund wieder beigetreten ist, nachdem er wegen der erwirkten Zugeständnisse, die den Arbeitern gemacht worden waren, seinen Austritt erklärt hatte. Der Wiedereintritt ist erfolgt, nachdem dem Landesverband betreffende Zusicherungen bezüglich der ihm anstößigen Vertragsbestimmungen gemacht waren. In einer Vorstandssitzung des Arbeitgeberbundes ist dem württembergischen Landesverband der weitgehendste Schutz des Bundes zugesichert und eine Kommission eingesetzt worden, welche den Normalvertrag einer Umarbeitung in dem vom Landesverband Württemberg angeregten Sinne unterziehen soll. Daß diese Beschlüsse eine Kriegserklärung an die Arbeiter bedeuten, darüber sind sich die schwebenden Scharfmacher klar. Zum Ueberfluß betonte auch der Vorsitzende, daß der Kampf im nächsten Jahre unvermeidlich sein werde. Das wissen nunmehr auch die Arbeiter, und sie werden sich auf den Kampf einrichten.

Der Maurerverband, der im Jahre 1908 einen Verlust von 17 449 Mitgliedern zu verzeichnen hatte, hat diesen Verlust bis zur Mitte des laufenden Jahres wieder wettgemacht. Auf Grund der Auflage, in welcher das Verbandsorgan hergestellt wird, darf angenommen werden, daß sich die Mitgliederzahl des Verbandes seit dem 6. März, wo der tiefste Stand erreicht war, wieder um 20 000 gehoben hat. Zurzeit findet im ganzen Reich eine intensive Versammlungsagitation statt, von welcher eine weitere Steigerung der Mitgliederziffer erwartet werden darf.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die „Einbigkeit“ eines tariffrühdigen Unternehmers. Wenn in Preußen-Deutschland ein gewöhnlicher Sterblicher mit einem Stellvertreter Gottes in Polizeiuniform in Konflikt gerät und nach seiner zivilistenpaddmässigen Meinung von dem Güter der Ordnung ungerecht behandelt oder gar geknufft und gepufft worden ist und dies nicht geduldig hinnehmen will, so ist es ja fast zur Selbstverständlichkeit geworden, daß der sich beleidigt Fühlende in einer der vielen Gesetzesmatten hängen bleibt und verknurrt wird, wohingegen der „Schutz vor dem Schutzmänn“ in den meisten Fällen nicht so weit reicht, daß diesem auch nur ein Haat gekrümmt wird. Diese Praxis scheint dem Pantinenfabrikanten Karl Dubel in Treuenbrieken vorgeschwebt zu haben. Herr Karl Dubel hat unter Verlegung des von ihm anerkannten Tarifvertrages seinen Arbeitern Lohnabzüge zugemutet. Da unsere Kollegen sich dies nicht gefallen lassen wollten und konnten, Dubel jedoch nicht zur Umkehrung des Vertrages zu bewegen war, so legten sie die Arbeit nieder. Die Fabrikanten beschloßen hierauf, die Streikenden nicht

